

CONT@CT



Bulletin / Mitteilungen

NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT – TREFFPUNKT SCHWEIZ
RENCONTRES SUISSES – NOUVELLE SOCIÉTÉ HELVÉTIQUE
INCONTRI SVIZZERI – NUOVA SOCIETÀ ELVETICA
NUOVA SOCIETAD HELVETICA – SCUNTRADA SVIZRA

Chers membres des Rencontres Suisses-Nouvelle Société Helvétique,

*Notre assemblée des délégués du 9 juin prochain sera marquée par une volonté accrue de collaborer avec le **Forum Helveticum**. Nos intérêts communs sont multiples que ce soit en matière de politique linguistique ou de cohésion nationale. Nous allons, dès le mois d'octobre, faire appel aux services du même secrétariat le Réseau Müllerhaus à Lenzburg. Nous tenons, également, à mieux utiliser nos synergies en organisant des manifestations communes, qui toucheront un plus large public. Ainsi, nous collaborons ensemble à l'organisation, au mois d'octobre, d'un forum qui sera consacré à «La valeur économique des langues».*

Tout prochainement, le 9 juin, à la suite de nos assemblées annuelles tenues séparément, nous nous réunirons pour une conférence-débat qui traitera du projet de loi sur la promotion de la culture. Une loi qui a suscité de vifs débats au Conseil national et dont la mouture actuelle ne semble guère susciter l'enthousiasme du Conseiller fédéral Pascal Couchepin.

Pour défendre les intérêts des milieux de la culture, nous aurons la chance d'entendre l'écrivaine bien connue Ruth Schweikert, présidente de Suisseculture ainsi que les conseillers nationaux Jean-François Steiert et Ruedi Noser. Une soirée qui promet d'être animée, à la veille du débat au Conseil des Etats.

La vie culturelle en Suisse porte la marque d'une géographie compliquée, spécifique du multilinguisme, des divisions confessionnelles et des cultures locales qui la caractérisent. Cela se traduit par une étonnante diversité de la production littéraire, artistique, architecturale

Sehr geehrte Mitglieder der Neuen Helvetischen Gesellschaft-Treffpunkt Schweiz,

*Unsere nächste Delegiertenversammlung vom 9. Juni wird unser Bemühen zur Zusammenarbeit mit dem **Forum Helveticum** zum Ausdruck bringen. Wir haben viele gemeinsame Interessen wie zum Beispiel sprachliche Politik oder nationale Kohäsion. Ab nächsten Oktober werden wir deshalb mit demselben Sekretariat Netzwerk Müllerhaus in Lenzburg zusammenarbeiten. Unser Ziel ist ebenfalls, unsere Synergien besser zu nutzen, indem gemeinsame Veranstaltungen, die ein breites Publikum ansprechen, organisiert werden:*

So arbeiten wir gemeinsam an der Vorbereitung eines im Oktober stattfindenden Forums zum Thema «Der wirtschaftliche Wert der Sprachen.»

Bereits am 9. Juni, anschliessend an unsere separat durchgeführten Jahresversammlungen, werden wir uns zu einer Debatte über das Gesetz zur Kulturpromotion vereinigen. Dieses Gesetz gab Anlass zu regen Diskussionen im Nationalrat und die aktuelle Version erweckt kaum den Enthusiasmus des Bundesrates Pascal Couchepin.

Wir haben das Glück, die bekannte Schriftstellerin Ruth Schweikert, Präsidentin von Suisseculture, sowie die Nationalräte Jean-François Steiert und Ruedi Noser über die Interessen des Kulturmilieus sprechen zu hören. Ein vielversprechender Abend kurz vor der Debatte im Ständerat.

Das kulturelle Leben in der Schweiz ist durch Multilinguismus, konfessionelle Spaltungen und Lokalkulturen gezeichnet. Dabei kommt die erstaunliche Diversität der literarischen, ar-

et musicale mais, dès lors aussi, par une forte convoitise des flux financiers communaux, cantonaux et fédéraux.

Cette richesse culturelle est un atout non négligeable pour l'attrait touristique et économique de notre pays. Les Suisses se demandent parfois ce qui les lie vraiment entre eux. Sur un point au moins ils sont tous d'accord : la diversité culturelle est un bien précieux et elle doit être promue!

Christiane Langenberger-Jaeger,
Présidente RS-NSH

tistischen, architekturellen und musikalischen Produktion zum Ausdruck. Daraus ergeben grosse finanzielle Ansprüche an die Gemeinden, Kantone und die Eidgenossenschaft.

Dieser kulturelle Reichtum ist ein nicht zu vernachlässigender Faktor, der zum touristischen und wirtschaftlichen Anziehungspunkt unseres Landes beiträgt. Die Schweizer fragen sich zuweilen, was sie wirklich verbindet. Ueber einen Punkt sind sich jedoch alle einig : Die Kulturdiversität ist wertvoll und verdient, unterstützt zu werden!

Christiane Langenberger-Jaeger,
Präsidentin NHG-TS

Trägt die direkte Demokratie zur Einheit der Schweiz bei oder spaltet sie das Land?

Eine Veranstaltung mit Wolf Linder (ordentlicher Professor an der Universität Bern), Irène Herrmann (Förderprofessorin des Schweizerischen Nationalfonds), Christa Markwalder (Nationalrätin, FDP-BE) und Dominique de Buman (Nationalrat, CVP-FR) Bern, 17.03.2009

Wie die Historikerin Irène Herrmann treffend in Erinnerung ruft, ist das Bild, das man sich hierzulande und im Ausland vom politischen Leben in der Schweiz macht, bisweilen von der fälschlichen Annahme einer Absenz jeglicher Konflikte geprägt. Ein Blick auf die Geschichte des Bundesstaats und seiner unmittelbaren Vorläufer-Regime relativiert diesen Eindruck jedoch rasch und führt dem Betrachter vor Augen, dass auch in der Schweiz der soziale und politische Friede immer wieder hart umkämpft war und – vor allem – nie auf alle Zeiten gesichert sein wird.

Zwischen dem Ende des 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglichten die unmittelbare Einflussnahme der umliegenden Grossmächte (von aussen) und kluge politische Entscheide bei der Gestaltung der föderalen Staatsstruktur (im Innern) den Wandel der Alten Eidgenossenschaft in einen modernen, demokratischen Nationalstaat. Oder, wie es Irène Herrmann sagt: «Die Befriedung der Schweiz lief parallel und komplementär zur Konstruktion des Nationalstaats» (vgl. Irène Herrmann in: J.-C. Caron: *Entre violence et conciliation*, Presses universitaires de Rennes 2008). In innen- und parteipolitischer Hinsicht bot sich jedoch ein ganz anderes Bild, und der Diskurs über die nationale Kohäsion war nach 1848 vorerst auf ausschliessliche und ausschliessende Homogenität ausgerichtet.

So blieben die Behörden und Institutionen des jungen Bundesstaats während fast hundert Jahren von einer einzigen politischen Strömung (vom Freisinn) dominiert, während konkurrierende gesellschaftliche und politische Bewegungen ausgegrenzt wurden. Diese Exklusion traf bis Ende des 19. Jahrhunderts die Katholisch-Konservativen und bis zum zweiten Weltkrieg die Sozialdemokraten, aber auch andere Bevölkerungssegmente, wie z.B. die Frauen. Der langsame Prozess zu mehr Integration und Beteiligung lässt sich exemplarisch an der Ausweitung des Wahlrechts darlegen oder an der Zusammensetzung des Bundesrats. Gerade in das letztgenannte Gremium wurden politische Minderheiten erst nach längeren Perioden der Diskriminierung und des Zuwartens integriert (vgl. dazu Urs Altermatt, *Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon*, Artemis & Winkler 1991). Damit wird deutlich, dass die heute akzeptierten (und bisweilen hinterfragten) Proporz- und Konkordanzregeln der modernen Schweiz nicht in die Wiege gelegt wurden, sondern über eine Periode von über hundert Jahren gewachsen sind.

Ein weiteres Mass für das Zusammenspiel der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Schweiz bildet die Praxis der (semi-) direkten Demokratie, deren Instrumente seit Mitte des 19. Jahrhunderts konsequent ausgebaut wurden. Auch

hier sticht laut den Ausführungen des Politologen Wolf Linder die ambivalente Wirkung der vielgelobten Volksrechte auf die Gesellschaftsintegration hervor: Einerseits verbinden die regelmässigen direktdemokratischen Volksbefragungen die Bürger der Schweiz wie kein anderes politisches Instrument. An Abstimmungssonntagen nehmen – trotz brieflicher Stimmabgabe – alle partizipierenden Schweizer (und seit 1971 auch die Schweizerinnen) am Prozess der politischen Entscheidungsfindung teil und bestimmen gemeinsam über die Weiterentwicklung ihres staatlichen Gemeinwesens. Andererseits können die unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse zutiefst spaltend wirken, denn in jeder Demokratie gibt es neben den Gewinnern immer auch Verlierer. Wenn nun eine bestimmte Bevölkerungsgruppe regelmässig und dauerhaft auf der Verliererseite steht oder sich als Unterlegene betrachtet, so führt dies zu Spannungen, die dem Ziel der gesellschaftlichen Kohäsion und der friedlichen Koexistenz zuwiderlaufen.



Wie Wolf Linder in einem Überblick über die letzten 130 Jahre darlegt, treten in der Schweiz – wie auch anderswo – unterschiedliche politische Gräben auf, deren Tiefe epochenweise variiert (Wolf Linder et al., *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz: gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874*, hier & jetzt 2008). So zeigte sich beispielsweise bezüglich des Rechts-Links-Gegensatzes Ende des 19. Jahrhunderts in den Abstimmungen ein umgekehrtes Bild der heutigen Situation: Damals stimmten die Welschschweiz und das Tessin stramm rechts (d.h. für liberale Postulate und weniger Staat), während die Deutschschweiz eher linke Positionen vertrat (d.h. für den Ausbau staatlicher Intervention und der Sozialwerke). In diesem Beispiel treten die sprachlichen Unterschiede als eine von vier *grundlegenden Trennlinien* hervor, die die klassische Politikwissenschaft in ganz Europa seit Beginn der Industrialisierung und der Bildung der Nationalstaaten ortet. Diese Spaltungen und Trennlinien widerspiegeln sich in Parteiprogrammen und Wahlergebnissen, aber eben auch in der Praxis der direktdemokratischen Volksabstimmungen, wie sie die Schweiz kennt:

- Die *konfessionelle oder weltanschauliche Spaltung* zwischen Katholiken und Protestanten (resp. zwischen kirchlich-konfessionellen und säkular-laizistischen Strömungen) wirkte in der Schweiz nach der Gründung des Bundesstaats bestimmend. Dieser

tiefe Graben verschwand im Zuge der Abschwächung des Kulturkampfes seit Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts langsam im Hintergrund und wurde durch neue Konfliktlinien ersetzt.

- Dazu zählte insbesondere der Gegensatz zwischen den politischen Idealen, die *die Arbeit oder das Kapital* ins Zentrum ihres Engagements stellen. Der Einfluss dieser Trennlinie auf die Parteipolitik und die Volksabstimmungen stieg bis in den 1. Weltkrieg deutlich an, um danach kurzfristig abzunehmen. Seit den 1970er Jahren tritt dieser Graben aufgrund sozioökonomischer Veränderungen und des Globalisierungsdrucks wieder stärker zutage.
- Im selben Zeitraum und aus ähnlichen Gründen, aber in noch stärkerem Ausmass, hat der *Graben zwischen Stadt und Land* zugenommen. Der Umbau der Volkswirtschaft (weg von der in der Kriegszeit gestärkten Landwirtschaft, hin zu einem Übergewicht von Industrie und Dienstleistungen) führte zu soziodemografischen Verschiebungen und einem progressiven Auseinanderdriften der ländlichen und der urbanen Gebiete. Gleichzeitig steigerte sich der Einfluss der Globalisierung, welcher die Binnen- und die Exportwirtschaft zunehmend in andere Richtungen drängt.
- Eher schwach blieb dagegen die *Polarisierung zwischen frankophonen und deutschsprachigen Kantonen*. Trotz regelmässig auftretenden Polemiken über politische «Röstigräben» und trotz punktuell abweichenden Resultaten (wie z.B. 1992 bei der Abstimmung über den Beitritt zum EWR), sind sich die Bewohner der verschiedenen Sprachgebiete des Landes vergleichsweise oft einig in der direktdemokratischen Willensäusserung. Aus der Sicht des unterzeichnenden Historikers, der sich mit schweizerischer Sprachenpolitik befasst, widerspiegeln die abstimmungspolitischen Sprachengräben weniger fundamentale Gegensätzlichkeiten, als vielmehr eine verzögerte Meinungsbildung, die aber am Ende in dieselbe (oder in eine sehr ähnliche) Richtung zielt. Dies wird nicht zuletzt bei der Betrachtung der Resultate der europapolitischen Volksbefragungen, die seit 1992 stattgefunden haben, deutlich: Hier näherten sich die beiden grössten Sprachgebiete der Schweiz einander an, sodass heute die Deutschschweizer integrations-freundlicher und die Welschschweizer europa-skeptischer abstimmen als vor eineinhalb Jahrzehnten.

Neben diesen vier klassischen Trennlinien (Konfessionen & Weltanschauungen, Arbeit vs. Kapital, Stadt vs. Land, Sprachen als Abbild von Zentrum & Peripherie) kamen in der Diskussion mit den beiden Mitgliedern des Nationalrats, Christa Markwalder und Dominique de Buman, weitere Polarisierungsachsen zur Sprache, deren Wirkung auf das parteipolitische Engagement

und auf die direktdemokratische Praxis weniger eindeutig fassbar sind. Dazu gehören die neuen Gräben zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen aussenpolitischer Öffnung und Schliessung, zwischen konservativen und progressiven Strömungen sowie zwischen Parteien, die einen Alleinregierungsanspruch vertreten, und kompromissbereiten Kräften. Einig waren sich die Vertreter der Wissenschaft und der Politik bezüglich des grossen Gewichts der Parteien und ihres Verhaltens in der politischen Arena.

Tatsächlich bilden die politischen Parteien auch in direktdemokratischen Abstimmungen die wichtigsten und dauerhaftesten Akteure. Sie verstärken oder mässigen gesellschaftliche Konflikte und beeinflussen die Entscheidungen der Stimmbürger. Als wichtiges Element der oft zitierten Konkordanz trägt die Suche nach parteiübergreifenden Kompromissen laufend dazu bei, Konflikte zu lösen oder «auszukühlen», um mit Wolf Linder zu sprechen. Damit wird die Konkordanz zu einer Strategie, um Abstimmungen zu gewinnen, wie beispielsweise die Parolenfassung der Regierungsparteien verdeutlicht: Nach einer instabilen Phase 1920-1935 folgte diesbezüglich eine Phase der Einigkeit 1936-1975, in der alle Bundesratsparteien in

4 von 5 Volksabstimmungen die gleiche Position vertraten. Seit 1976 nimmt die Einheitlichkeit wieder klar ab, und die Parteien geben nur noch in 1 von 5 Fällen dieselben Abstimmungsparolen heraus.

Damit zeigt sich die Ambivalenz der direkten Demokratie, welche einerseits zu Ausgleich und Verständigung zwingt und damit die Integration der politischen Elite (über Parteigrenzen hinweg) fördert. Andererseits entwickelt sie aber auch eine spaltende Wirkung, da sie regelmässig fundamentale Gesellschaftskonflikte mobilisiert und verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander stellt. Das grosse Dilemma der Parteien liegt dabei in ihrem Schwanken zwischen Opposition und Integration, zwischen dem einseitigen Bedienen der eigenen Klientel und der Stärkung ihrer Glaubwürdigkeit als zuverlässige Partner im politischen Entscheidungsprozess. Obwohl die Parteien die Stimmbürger durchaus zu beeinflussen vermögen, üben sie keine absolute Kontrolle aus: Wie die Abstimmungsergebnisse immer wieder zeigen, entscheidet das Volk schlussendlich souverän und unberechenbar.

Bernhard Altermatt

La démocratie directe, contribue-t-elle à unifier la Suisse ou à créer des divisions au sein du pays ?

Conférence avec la participation de Wolf Linder (professeur ordinaire à l'Université de Berne), Irène Herrmann (professeure boursière du Fonds national suisse), Christa Markwalder (Conseillère nationale, PRD-BE) et Dominique de Buman (Conseiller national, PDC-FR). Berne, 17.03.2009

Comme Irène Herrmann le soulève avec raison, l'image paisible que l'on se fait de la situation politique helvétique (en Suisse et en dehors de nos frontières) ne correspond pas toujours à la réalité vécue. Un regard critique sur l'histoire de l'État fédéral et de ces prédécesseurs immédiats permet de relativiser cette fausse impression et de constater que la paix sociale et politique a toujours été un enjeu conflictuel et – surtout – qu'elle ne sera jamais assurée pour tous les temps.

Entre la fin du XVIII^e et le milieu du XIX^e siècle, l'ingénierie directe des puissances avoisinantes (de l'extérieur) et une série de décisions judicieuses lors de la construction de la structure étatique fédérale (à l'inté-

rieur) ont rendu possible la transition entre l'Ancienne Confédération et l'état démocratique moderne. Comme le dit Irène Herrmann: «La pacification était complémentaire et contingente à la construction de l'État-nation helvétique» (cf. Irène Herrmann in: J.-C. Caron, *Entre violence et conciliation*, Presses universitaires de Rennes 2008). Si l'on considère la vie politique et les relations de pouvoir internes, il s'avère par contre que le discours autour de la cohésion nationale restait fortement marqué par une connotation unitaire, exclusive et homogénéisatrice durant les décennies qui suivirent 1848.

Ainsi, les autorités et les institutions du jeune état fédéral furent dominées un siècle durant par un courant

politique unique (celui des libéraux-radicaux), alors que des mouvements sociaux et politiques concurrents étaient mis à l'écart. Jusqu'à la fin du XIX^e siècle, cette exclusion concernait les catholiques-conservateurs, puis les socialistes jusqu'à la Seconde Guerre mondiale, mais également d'autres segments de la société, tels que les femmes. Le processus lent d'une plus grande intégration et participation trouve une expression nette dans l'élargissement des droits politiques ou dans la composition du Conseil fédéral. En règle générale, ce dernier s'ouvrit aux minorités politiques uniquement après de longues périodes de discrimination et d'attente (cf. Urs Altermatt, *Conseil fédéral. Dictionnaire biographique des cent premiers conseillers fédéraux*, Cabédita 1993). La représentation proportionnelle et la concordance politique que nous pratiquons aujourd'hui (et qui sont parfois remises en question) n'ont pas fait partie de notre état depuis sa naissance, mais elles ont été adoptées et adaptées sur une période de plus de cent ans.

Une autre manière d'évaluer l'accord entre les diverses mouvances sociales et politiques actives en Suisse est l'examen de la démocratie (semi-) directe dont les instruments ont été développés depuis la moitié du XIX^e siècle. Dans ce domaine, les travaux du politologue Wolf Linder mettent en évidence l'influence ambivalente des droits populaires sur l'intégration et la cohésion de la société. D'un côté, les votations populaires tissent des liens persistants entre les Suisses comme ne le fait nul autre instrument politique: lors des scrutins réguliers, les citoyens (et, depuis 1971, les citoyennes) sont rassemblés dans le cadre du processus de décision politique et décident du développement continu de l'ensemble étatique auquel ils appartiennent. D'un autre côté, les résultats des votations peuvent produire des divisions profondes, puisque dans toute démocratie il y a des perdants à côté de ceux qui gagnent. Si un groupe de la population est constamment mis en minorité, ou s'il a l'impression de se retrouver en permanence dans le camp des vaincus, les tensions y relatives mettent en danger la cohésion sociale et la coexistence pacifique.



Tel que Wolf Linder le démontre dans un aperçu des dernières 130 années, les divisions politiques qu'on retrouve en Suisse – et ailleurs – varient en intensité selon les époques (cf. Wolf Linder, *Gespaltene Schweiz – Geeinte Schweiz: gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz*

bei den Volksabstimmungen seit 1874, hier & jetzt 2008). L'opposition traditionnelle entre la droite et la gauche a ainsi vu une mutation profonde si l'on considère les tendances dominantes dans les diverses régions du pays : à la fin du XIX^e siècle, ce furent la Suisse romande et le Tessin qui ont généralement voté «à droite» (c.-à-d. pour des positions libérales), alors que la Suisse alémanique tendait à soutenir des postulats «de gauche» (comme l'extension de l'État-providence). Un siècle plus tard, la situation s'est totalement inversée. Cet exemple permet de mettre en lumière une différence entre les régions linguistiques qui correspond à l'un des quatre *clivages fondamentaux* que la science politique classique retrouve dans toute l'Europe depuis le début de l'industrialisation et la formation des états-nations. Ces clivages et différences se manifestent dans les programmes de partis et dans les résultats électoraux, mais également dans la pratique de la démocratie directe telle qu'on la connaît en Suisse:

- Suite à la création de l'état fédéral, ce fut *le clivage confessionnel entre catholiques et protestants* (resp. entre les pourfendeurs d'un État laïc et les partisans d'un modèle accommodant les églises) qui dominait la scène politique. Ce fossé profond ne disparût qu'à partir de la fin du XIX^e et le début du XX^e siècle, avec l'affaiblissement du «Kulturkampf» et l'apparition de nouvelles fractures sociales et politiques.
- Parmi ces dernières, l'on retrouve en particulier l'opposition entre les idéaux politiques qui placent *le travail ou le capital* au centre de leurs considérations et de leur engagement. Le poids de ce clivage en matière de politique et de démocratie directe se renforça considérablement jusqu'à la Première Guerre mondiale et diminua ensuite jusqu'aux années 1970. Dans le derniers tiers du XX^e siècle, il reprit de l'importance en raison des nombreuses mutations socio-économiques et de la pression grandissante de la mondialisation.
- Dans la même période, pour des raisons similaires mais dans une mesure beaucoup plus accentuée, on vit l'ouverture d'un *fossé entre les villes et les campagnes*. L'évolution de l'économie (notamment la perte d'importance de l'agriculture par rapport aux temps des guerres mondiales, et la croissance de l'industrie et du secteur des services) provoqua des changements socio-démographiques et une friction grandissante entre les régions rurales et urbaines. La mondialisation renforça ce processus en orientant le marché intérieur et l'économie d'exportation dans des directions fondamentalement différentes.
- La *polarisation entre les cantons germanophones et francophones* (ou «latins») resta, par contre, re-

lativement faible en matière de démocratie directe. Malgré des polémiques épisodiques sur le «Röstigraben» et des résultats de votations indiquant le contraire (comme p.ex. en 1992 lors du vote sur l'adhésion à l'EEE), les habitants des différentes régions linguistiques font preuve d'une grande unité politique. Dans la perspective de l'historien soussigné qui étudie la politique suisse des langues, les résultats divergents de votations populaires ne reflètent pas en premier lieu des différences fondamentales entre les groupes linguistiques mais plutôt une formation de l'opinion publique différenciée dans le temps. Cette dernière tend finalement aux mêmes aspirations ou, du moins, dans une direction globalement similaire – tel que le démontrent les résultats des scrutins sur l'intégration européenne ayant eu lieu depuis 1992: tant le vote pro-européen des Suisses alémaniques que celui anti-européen des Suisses romands a augmenté en quinze ans...

En dehors de ces quatre lignes de partage classiques (état confessionnel vs. état laïc, travail vs. capital, villes vs. campagnes, langues comme expression du clivage entre le centre et la périphérie), la discussion avec les deux membres du Conseil national, Christa Markwalder et Dominique de Buman, a permis de mettre au jour d'autres axes de polarisation dont l'influence sur l'engagement politique et la pratique de la démocratie directe est moins systématique. Il s'agit des fossés entre l'économie et l'écologie, entre l'ouverture et le repli en matière de relations internationales, entre les courants conservateurs et progressistes ainsi qu'entre les partis prétendant à connaître la vérité absolue et ceux prêts à des compromis politiques. Quant au poids des partis et de leur comportement dans l'arène publique, il y eut un accord total entre les représentants de la science et de la politique présents lors de la conférence.

Effectivement, les partis politiques sont les acteurs les plus durables et les plus décisifs dans le cadre de votations populaires. Ils renforcent ou diminuent l'importance des clivages sociaux, et ils influencent les citoyens dans leur prise de décision. La concordance, c'est-à-dire la quête du compromis au-delà des divisions partisans, permet aux partis non seulement de résoudre des conflits, mais également de gagner des votations. Cela se montre très clairement dans la prise de position des partis gouvernementaux avant les votations populaires. Alors qu'entre 1920 et 1935 les positions des partis étaient assez instables, la période subséquente fut marquée par une plus grande unité politique: de 1936 à 1975 les partis représentés au Conseil fédéral défendaient une position unique dans 4 votations sur 5. Ce très haut niveau de concordance retomba à une moyenne de 1 cas sur 5 à partir de 1976...

Ces exemples démontrent que la démocratie directe oblige les acteurs politiques d'une part à s'entendre et à se rapprocher (au-delà des limites entre les partis). D'autre part, elle produit et met en lumière des divisions qui peuvent menacer la cohésion sociale. Les partis se retrouvent face à un dilemme particulier, car ils sont constamment amenés à chercher un équilibre entre opposition et intégration, entre la fidélisation de leur propre clientèle et le renforcement de leur crédibilité en tant que partenaires fiables dans le processus de décision politique (c.-à-d. face aux autres partis). Bien qu'ils soient capables d'influencer les citoyennes et les citoyens dans le cadre des votations populaires, les partis n'exercent aucun contrôle absolu: ainsi les résultats des scrutins nous rappellent-ils régulièrement que le peuple reste souverain – et souvent imprévisible – dans ses prises de décision.

Bernhard Altermatt

Pax Helvetica ?

La construction de la légendaire non-violence suisse (1798-1918)¹

Parler de violences et de réconciliations en Suisse peut paraître inutile tant la Confédération semble paisible. En réalité, comme on s'en doute, l'image d'une contrée providentiellement épargnée par les

divisions relève du cliché². La société suisse a longtemps été tout aussi violente que les autres, et le calme qui semble, toutes proportions gardées, régner dans le pays, est bien le fruit d'efforts, de techniques

¹ Pour l'essentiel, cet article est inspiré par Irène Herrmann, *Les cicatrices du passé. Essai sur la gestion des conflits en Suisse (1798-1918)*, Berne etc., Peter Lang, 2006.

² Irène Herrmann, «Barbares et mercenaires sur une île pacifique», *Universitas friburgensis: Violence. Spirale ohne Ende?*, décembre 2005/2, pp. 9-10.

et de structures conciliatoires qui, selon certains politologues tels que Arend Lijphard forment un vaste réservoir de modèles à méditer, voire à imiter³.

Selon ces chercheurs, la tranquillité suisse s'alimenterait à la fois d'une incontestable prospérité économique et d'une longue tradition d'accommodement⁴. Bizarrement, et en dépit de cette assertion, les historiens ne se sont jamais vraiment penchés sur la question de la réconciliation politique. Certains se sont tus, parce qu'ils estimaient en effet que les Suisses étaient «génétiquement» calmes, tout débordement n'étant alors qu'une exception peu digne d'intérêt⁵. Et les autres, plutôt que d'explorer les techniques de gestion des conflits, ont préféré détailler les dissensions qui ont menacé l'existence puis le maintien de l'entité suisse⁶. Insidieusement, ces études induisent elles aussi une impression de tranquillité naturelle puisqu'elles insistent sur des cicatrices aujourd'hui refermées, sans indiquer les médications nécessaires à ces guérisons-là⁷.

Les divisions que ces historiens mettent en évidence se présentent sous forme de paires opposant successivement les cantons montagnards aux cantons urbains, du XIII^e au XV^e siècle, puis les catholiques aux protestants durant les guerres de religions qui déchirèrent l'Europe moderne, les riches aux pauvres de la fin du XVII^e au début du XX^e, et enfin, les germanophones aux francophones depuis le dernier quart du XIX^e. Dans ce vaste panorama conflictuel, la période qui s'étend de 1798 à 1918 constitue un champ d'investigation exceptionnel. D'une part ce long XIX^e siècle réunit tous ces types d'opposition. En effet, durant ce laps de temps, la Suisse a eu tout d'abord à subir une occupation étrangère qui dégé-

néra en anarchie en 1802; elle a traversé en 1847 les affres du Sonderbund, une guerre civile qui vit s'affronter catholiques conservateurs et protestants progressistes; à l'occasion du Kulturkampf, dans les années 1870, elle a traversé une profonde crise de conscience religieuse; ensuite, et jusqu'à la fin du Premier conflit mondial, elle a expérimenté l'inconfort de son plurilinguisme tout en étant secouée par de profonds troubles sociaux. Or, d'autre part, et c'est le second intérêt majeur de la période, tous ces événements se produisent sur fond de construction nationale helvétique; c'est-à-dire à un moment où il importait de déployer une vaste panoplie de moyens pour éviter l'éclatement du pays⁸.

En exposant les violences qui ont menacé la construction nationale helvétique tout au long du XIX^e siècle, il s'agit d'insister ici sur les modes de conciliation utilisés et d'évaluer, dans la mesure du possible, leur efficacité. La question est donc de regarder sur quelles bases concrètes se fonde la réputation de tranquillité helvétique et d'examiner jusqu'à quel point cette même réputation est usurpée, qu'on parle alors d'échecs ou d'effets collatéraux potentiellement destructeurs; le tout afin de voir si la fameuse tranquillité helvétique est aussi suisse, aussi naturelle et aussi exemplaire qu'on a coutume de le dire.

Une gestion suisse ?

Vouloir gérer un conflit, c'est-à-dire, vouloir préserver la Suisse en tant qu'entité géopolitique, présupposait une forte conscience de sa réalité et, partant, de la nécessité de sa perpétuation. Or, au risque de surprendre ceux qui voient dans la Confédération une heureuse sept-centenaire, il faut bien avouer

³ Arend Lijphart, «Typologies of Democratic Systems», *Comparative Political Studies*, vol 1, n°1, pp. 3-33. Cette réputation est aussi largement entretenue «de l'intérieur». Voir, par exemple, Wolf Linder, *Swiss Democracy. Possible solutions to Conflict in Multicultural Societies*, New York, St Martin's Press, 1994, ou Jürg Steiner, «Power Sharing: Another Swiss Export Product?», dans J. Montville (dir.), *Conflict and Peacemaking in Multiethnic Societies*, Lexington, Lexington Press, 1989, p. 107 et sq.; ou de manière plus nuancée, Bruno Schoch, *Switzerland – A Model for Solving Nationality Conflicts?*, Frankfurt, Peace Research Institute, 2000.

⁴ Kenneth Douglas McRae, «Theories of Power-Sharing and Conflict Management», in *Conflict and Peacemaking*, art. cit., p. 95.

⁵ Sans surprise, cette interprétation est surtout typique de l'historiographie du XIX^e qui, de manière délibérée ou non visait à consolider la nation helvétique.

⁶ Par exemple: Georges Andrey et alii (dir.), *Nouvelle histoire de la Suisse et des Suisses*, Lausanne, Payot, 1986 (2).

⁷ Citons, tout de même, à titre d'exceptions: Pierre du Bois (dir.), *Union et division des Suisses. Les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois aux XIX^e et XX^e siècles*, Lausanne, Ed. de l'Aire, 1983 ainsi que plus récemment *La Suisse, pays du consensus?*, Traverso, 3/2001.

⁸ Sur le XIX^e siècle et la construction nationale helvétique, voir notamment les ouvrages publiés à l'occasion du 150^e anniversaire de l'Etat fédéral, comme, par exemple: Andreas Ernst, Albert Tanner, Matthias Weishaupt (dir.), *Revolution und Innovation – Die Konfliktreiche Entstehung des schweizerischen Bundesstaates von 1848*, Zurich, Chronos, 1998; Thomas Hildbrand, Albert Tanner (dir.), *Im Zeichen der Revolution. Der Weg zum schweizerischen Bundesstaat 1798-1848*, Zurich, Chronos, 1997; Tobias Kaestli, *CH - eine Republik in Europa. Der schweizerische Nationalstaat seit 1798*, Zurich, NZZ Verlag, 1998; Brigitte Studer (dir.), *Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationbildung der Schweiz, 1848-1998*, Zurich, Chronos, 1998.

que cette prise de conscience est récente et ne se généralise qu'au milieu du XIX^e siècle⁹. Jusqu'alors, l'entité helvétique avait surtout subsisté grâce à un ensemble de facteurs conciliatoires indépendants de la volonté des Confédérés; des éléments fortuits se divisant eux-mêmes en deux groupes.

A cet égard, la catégorie la plus importante réunit les opérations qui permirent la survie du pays par décisions ou actions de l'étranger. Parfois, cette volonté extérieure se fit positive, voire active, comme ce fut le cas entre 1798 et 1813, où l'unité du pays ne fut préservée qu'à la faveur de la mainmise française¹⁰; ou comme ce fut le cas, également, au moment du Congrès de Vienne, en 1815, quand les Grandes Puissances luttèrent contre les égoïsmes cantonaux pour maintenir un pays cohérent susceptible de garantir la neutralité du centre de l'Europe¹¹. Souvent, la pression du voisinage s'effectua par la négative ou, si l'on veut, de façon passive, à l'instar des périodes, relativement rares mais exceptionnellement sanglantes, où la Confédération, protégée précisément par cette même neutralité fut entourée de pays en guerre.

Au rang de ces facteurs de pacification involontaires, il convient aussi d'ajouter toute une série de hasards internes qui facilitèrent inopinément la réconciliation des Helvètes. Certains d'entre eux sont d'ordre géographique, comme la centralité des cantons considérés comme le berceau de la Confédération qui, pour d'évidentes raisons pratiques, a interdit qu'ils ne sortent du Corps helvétique, alors même qu'ils en ont souvent exprimé le désir¹². D'autres hasards sont de type socio-politique, comme la structure morcelée et gigogne de l'espace helvétique qui, lointain héritage des archaïsmes institutionnels de l'Ancien Régime, a permis de désamorcer de nombreux conflits en les échelonnant à chaque degré de la pyramide administrative¹³. La plupart, enfin, de ces vecteurs de sta-

bilité contingents sont à rechercher dans le domaine économique, où la complémentarité des Suisses, puis leurs incontestables succès industriels ont créé un véritable intérêt à demeurer liés¹⁴.

Les effets pacificateurs de ce double ensemble de facteurs contingents, externes et internes, se font surtout sentir durant la première moitié du XIX^e siècle. Même s'ils sont encore perceptibles après 1847, ils tendent pourtant à s'effacer devant l'importance grandissante du concept national. De fait, ces deux types de gestion comportent des éléments en parfaite contradiction avec le désir toujours plus fort de l'élaboration d'une Suisse indépendante, cohérente et unie. D'une part, l'ingérence des grandes puissances a souvent risqué de tourner à l'invasion du pays ou, au moins, à sa partition. Ainsi, lors de la Guerre du Sonderbund, les Autrichiens et les Français soutenaient clairement le camp catholique et n'auraient pas manqué de favoriser l'éclatement du pays¹⁵. D'autre part, et c'est peut-être moins évident, l'importance donnée aux structures cantonales constituait également un frein aux entreprises pacificatrices tentées au niveau national, surtout après la fin d'une guerre civile qui menaçait de réveiller les susceptibilités locales et d'inciter les vaincus à user de leurs pouvoirs pour faire obstruction aux décisions des vainqueurs¹⁶.

Une gestion naturelle?

Au milieu du XIX^e siècle, on note un désir toujours plus évident de transformer le faisceau helvétique en un véritable Etat-nation. Cette tendance se perçoit par de multiples mesures, visant à unifier et à centraliser plus positivement le pays. Cette opération provoque alors l'éveil d'innombrables velléités contraires qui, à leur tour, stimulent l'utilisation de moyens rassembleurs diversement contraignants. Dans cette optique, on peut considérer la gestion

⁹ Construction élaborée, bien entendu, sur des phénomènes antérieurs: voir par exemple Ulrich Im Hof, *Mythos Schweiz. Identität – Nation – Geschichte. 1291-1991*, Zurich, NZZ Verlag, 1991.

¹⁰ A cet égard, voir les travaux de Alain-Jacques (Czous-)Tornare.

¹¹ Voir: *Genève et les traités de 1815. Correspondance diplomatique de Pictet de Rochemont et de François d'Ivernois*, publiés par les soins de Lucien Cramer, 2 volumes, Genève et Paris, 1914.

¹² Irène Herrmann, *op. cit.*, p. 38.

¹³ Hans-Ulrich Jost, «Violence sociale et culture politique», *De la violence sociale à la violence politique. XIX^e-XX^e siècles*, Congrès international des Sciences historiques 6-13 août 2000, Lausanne / Oslo, 2000.

¹⁴ Telle est la thèse qui sous-tend l'excellent ouvrage: Jean-François Bergier, *Histoire économique de la Suisse*, Lausanne, Payot, 1984.

¹⁵ L'ouvrage le plus complet sur la guerre du Sonderbund reste, à ce jour, celui de Erwin Bucher, *Die Geschichte des Sonderbundskrieges*, Zurich, Berichthaus, 1966. On peut également trouver un bon résumé des événements, agrémenté d'une abondante iconographie dans Joachim Ramk, *A very Civil War: the Swiss War of 1847*, San Francisco, Westview Press, 1993, traduit en allemand sous le titre: *Bruderzwist nicht Brudermord. Der Schweizer Sonderbundskrieg von 1847*, Zurich, Orell Füssli, 1997.

¹⁶ Heidi Borner, *Zwischen Sonderbund und Kulturkampf. Zur Lage der Besiegten im Bundesstaat von 1848*, Lucerne et Stuttgart, Rex-Verlag, 1981.

des conflits à la fois comme le complément obligé et la facette cachée de la construction nationale ; tant il est vrai que veiller au non-éclatement de la Suisse participait aussi de son élaboration.

Si le but était nouveau, les procédés employés ne le seront pas forcément. Ainsi, les partisans d'un véritable Etat-nation helvétique se contentent, parfois, de réactualiser d'anciennes méthodes conciliatoires, telles que l'arbitrage ou l'amnistie qui existaient au Moyen Âge déjà¹⁷. Mais ces vieilles recettes sont alors adaptées aux événements et cimentées par d'autres techniques, originales, évoluant au gré des circonstances. Au tout début du XIX^e siècle, les autorités orchestrent une sorte d'«escamotage axiologique» et une «exterritorialisation», reléguant les discordes idéologiques au rang de problème secondaire, uniquement importé de l'étranger¹⁸. Dès 1830, les dispositifs conciliatoires sont essentiellement testés sur le plan cantonal où s'expérimentent des modes d'apaisement plus financiers, par paiement de compensations, ou des moyens de pacification plus politiques, comme l'introduction progressive du suffrage universel (masculin); des méthodes qui eurent d'ailleurs souvent, des effets contraires à ceux escomptés. Il apparaît, en effet, que l'obtention du droit de vote est souvent lié à l'amélioration du niveau d'instruction; or cet appréciable gain intellectuel ne limite généralement pas les aspirations démocratiques des citoyens mais, bien au contraire, les favorise¹⁹.

Quand, en 1847, éclate la guerre civile du Sonderbund qui verra la victoire des radicaux protestants sur les conservateurs catholiques, ces différents mécanismes de conciliation sont transposés au niveau fédéral. Ainsi, outre une grande rapidité des actions militaires qui contribuera à réduire le nombre de morts et l'ampleur du ressentiment réciproque; outre, aussi, l'indubitable modération des réparations de guerre exigées des petits cantons; l'une des principales réponses à ce conflit fratricide est inscri-

te dans l'organisation des structures décisionnelles dont se dote la Confédération, désormais dominée par les vainqueurs. Pour pacifier le pays, ses tout nouveaux dirigeants, qui savent pouvoir compter sur de nombreux disciples, instaurent un système exclusivement majoritaire qui présente l'avantage d'offrir un semblant d'impartialité et, pourtant, d'assurer leur contrôle exclusif sur les affaires suisses²⁰. De fait, cette politique ne va pas sans créer de larges catégories de laissés-pour-compte, comme les catholiques et les gagne-petit qui réclament aussi une part de pouvoir.

C'est dans ce contexte de tensions croissantes qu'éclate le Kulturkampf dans les années 1870, une crise originale en ce qu'elle est anticipée et alimentée par les autorités nationales²¹. En prenant l'initiative de cette lutte, elles parviennent à soumettre les résistances catholiques avant de les bâillonner définitivement par la promulgation d'une constitution jusqu'à hoc. Moins de vingt ans après avoir vaincu législativement les ultramontains, soupçonnés de privilégier Rome au détriment de leur propre nation, on invente un type de prise de décision qui muselle les minorités en leur donnant l'impression contraire. En effet, dès 1891, le gouvernement fédéral admet des dirigeants catholiques en son sein, tout en restant régi par un système strictement majoritaire; cette «mystification» ôte aux partisans de l'ancienne religion à la fois la possibilité de se faire entendre au niveau décisionnel mais aussi de combattre les prises de position officielles, puisqu'ils sont censés avoir pu y participer. Si les partisans du nouvel Etat-nation radical parviennent ainsi à soumettre les adeptes d'une cosmogonie supranationale d'essence religieuse, leur lutte contre les cosmogonies supranationales de gauche reste longtemps plus incertaine.

Il est vrai que gouvernement n'avait alors pas entrepris de faire immédiatement tout ce qui était en son pouvoir pour régler la «question sociale». Sans doute cette pusillanimité était-elle inconsciente. Sans

¹⁷ Andreas Wuergler, «Aushandeln statt protestieren. Zur Konfliktkultur der alten Eidgenossenschaft im Vergleich mit Frankreich und mit dem Deutschen Reich (1500-1800)» et Thomas Maissen, «Disputatio de Helvetiis an natura consentiant», *Traverse*, 2001/3, respectivement p. 25-38 et p. 39-55.

¹⁸ Sur ces processus, voir Irène Herrmann, «L'invention d'un malheur fondateur. Genève et les événements de 1798», dans Irène Herrmann et Corinne Walker (dir.), *La mémoire de 1798 en Suisse romande*. Actes du colloque de la Société d'Histoire de la Suisse romande, Lausanne, Société d'Histoire de la Suisse romande, 2001, p. 71-93.

¹⁹ Irène Herrmann, «Un pavé dans l'urne ou le difficile apprentissage de la démocratie à Genève», *Bulletin de la Société d'Histoire et d'Archéologie de Genève*, t. 29, 2001, p. 29-43

²⁰ A cet égard, voir les données de Erich Gruner, *Die Wahlen in den schweizerischen Nationalrat 1848-1919*, Berne, 1978, tome III, ainsi l'analyse à la fois très complète et pointue de Albert Tanner, «Ein Staat nur für die Hablichen? Demokratie und politische Elite im frühen Bundesstaat», *Etappen...*, op. cit., pp. 63 et sq.

²¹ L'ouvrage le plus complet sur le sujet est: Peter Stadler, *Der Kulturkampf in der Schweiz : Eidgenossenschaft und katholische Kirche im europäischen Umkreis, 1848-1888*, Zurich, Chronos, 1996 (2^e édition revue et commentée)

doute découlait-elle de préjugés tenaces, postulant la normalité des disparités économiques ou, à tout le moins, considérant qu'en démocratie chacun est l'artisan privilégié de son propre destin. Mais, il faut avouer que les dissensions de cet ordre avaient un effet presque miraculeux qui n'avait pas pu échapper aux édiles suisses. Quand elles sentaient leurs intérêts menacés par les revendications et la violence sociales, les élites bourgeoises tendaient à dépasser leurs propres désaccords. Ainsi, le fossé linguistique qui, durant le Premier Conflit mondial, faillit se transformer en gouffre potentiellement destructeur a-t-il été comblé en brandissant la peur de l'ouvrier et celle des Rouges. De là à en déduire que le mécontentement social fut sciemment entretenu, il n'y a qu'un pas qu'on peut encore hésiter à franchir. Reste que les manifestations et les grèves qui rythmèrent les premières années du XX^e siècle impressionnèrent jusqu'aux petits employés, les poussant à agir eux-mêmes de façon à éviter la scission du pays²².

Malgré sa grande disparité, ce vaste arsenal de mesures conciliatoires présente des traits communs qui dessinent une évolution globale. L'essentiel de ces moyens est imaginé puis utilisé de manière pragmatique, en fonction d'une utilité immédiate. Par ailleurs, leur efficacité repose essentiellement sur un principe d'exclusion induit par la désignation de «boucs émissaires»²³. Le responsable majuscule des dissensions helvétiques est principalement l'étranger et ceux qui, à l'intérieur du pays, se laissent séduire par lui: patriotes, catholiques et, de manière récurrente, membres du prolétariat. Cette discrimination suscite naturellement des réactions violentes. Ironie de l'histoire, ce sont les luttes les plus organisées du monde ouvrier, à la fois pour améliorer ses conditions d'existence et pour s'opposer à sa stigmatisation, qui semblent avoir incité les citoyens à intérioriser l'impératif de calme helvétique²⁴.

Une gestion exemplaire ?

Dans le dernier quart du XIX^e siècle, la gestion des conflits acquiert progressivement une troisième di-

mension. Moins évidente que les deux premières, parce que moins automatiquement dépendante de la volonté des gouvernements suisses ou étrangers, elle regroupe les procédés susceptibles de faire éprouver à tout Confédéré la nécessité de combler les divisions éventuelles du pays. Intimement lié au vécu d'une multitude d'individus n'ayant laissé que de rares traces éparses, ce mode de résolution peut s'appréhender par deux biais indirects complémentaires qui traquent les conditions de son élaboration comme de sa réception, avant de suggérer les raisons de son efficacité et de ses travers.

En amont de cette intériorisation se trouvent des mécanismes étatiques susceptibles de responsabiliser la population. La méthode la plus simple consiste alors en la répétition officielle d'injonctions au calme et à l'union. Pour plus d'impact, ces appels sont souvent circonstanciés. A l'orée et à la fin du XIX^e siècle, ils se réfèrent couramment à l'histoire héroïque²⁵. La valorisation scientifique et la vulgarisation du passé national permettent d'accréditer la légitimité de l'existence même de la Suisse. Bien plus, elles engagent les Helvètes à se montrer désormais dignes de leurs glorieux « ancêtres », soit à façonner pour leur patrie un avenir commun qui soit à la hauteur de ses débuts supposés. Parallèlement, et avec une intensité variant en fonction des remous de l'actualité internationale, on souligne la grande chance dont bénéficient les citoyens de la première démocratie d'Europe, neutre de surcroît. Là encore, il s'agit d'insuffler à tout un chacun une conscience certaine des obligations morales qu'imposent une situation préservée dans le monde et la jouissance de droits politiques à l'ampleur inédite²⁶.

Diffusé par ces formidables relais que sont l'École, l'Église, mais aussi par la presse ou par les manifestations de type festif, le message gouvernemental tombe sur un terreau plutôt fertile²⁷. Une grande partie des Suisses sont alors protestants, ce qui signifie qu'ils cultivaient déjà un sens de la responsabilité individuelle. Plus généralement, on retrouve sur l'ensemble du territoire, un ordonnan-

²² Le conflit le plus violent fut la grève générale, déclenchée au moment même de la signature de l'armistice. A ce sujet, voir: Willy Gautschi, *Der Landestreik 1918*, Zurich, Chronos, 1988.

²³ Irène Herrmann, *op. cit.*, p. 60 et *passim*.

²⁴ Voir, par exemple: Fanny Guillermet, *Autour de la grève générale: quelques notes d'une genevoise*, Neuchâtel, Attin-ger, 1918.

²⁵ Sur ces usages politiques de l'histoire, voir: Guy Marchal, *Schweizer Gebrauchsgeschichte: Geschichtsbilder, Mythenbildung und nationale Identität*, Bâle, Schwabe, 2006. Mais on peut également consulter: Manfred Hettling, «Geschichtlichkeit. Zwerge auf den Schultern von Riesen», dans Manfred Hettling (dir.), *Eine kleine Geschichte der Schweiz*, Frankfurt-am-Main, Suhrkamp, 1998, p. 91-132.

²⁶ Irène Herrmann, *op. cit.*, p. 218-278.

²⁷ Daniel Frei, *Die Förderung des schweizerischen Nationalbewusstseins nach dem Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft*, Zurich, Juris Verlag, 1964.

cement socio-politique aux imbrications multiples qui favorise le contrôle immédiat et encourage la prise en charge personnelle, voire l'autocensure. Ces dispositions d'esprit sont encore accentuées par les structures de la vie publique qui, en faisant de tout citoyen (mâle) un soldat ou un électeur potentiel, lui délèguent une large part de pouvoirs... et de devoirs. A l'aune de ces indicateurs imparfaits que sont les mémoires, les correspondances et les résultats parfois surprenants de scrutins à vocation sociale ou fiscale, on peut estimer que les Suisses ont accepté leur part si gratifiante et si pesante de responsabilité dans la bonne marche des affaires publiques²⁸.

Et c'est dans cette implication personnelle des ressortissants pour le maintien du bien-être de l'Etat, qu'il convient sans doute d'inscrire l'apaisement des tensions politiques dans la Confédération au XIX^e siècle. Naturellement, comme la gestion extérieure et intérieure, cette régulation « intériorisée » ne déploie pas uniformément ses effets. D'une part, et au contraire des deux autres, elle ne semble toucher que la petite et la moyenne bourgeoisie. D'autre part, elle ne paraît se développer qu'au tournant du XX^e. Toutefois, au lendemain de la Première Guerre déjà, les effets de chacun de ces modes de régulation semblent se combiner et se renforcer mutuellement. La responsabilisation des Suisses dans le processus d'union nationale est, en effet, fonction des conditions de son façonnement externe. Elle s'inscrit dans le fier soulagement de ne pas avoir à subir, en tant que ressortissant d'un pays neutre, les guerres européennes ou mondiales, et elle est déterminée par les structures socio-politiques gigognes qui caractérisent le pays. Ces circonstances fortuites sont alors chargées de sens grâce à des opérations volontaires.

Conclusion

Ainsi, tout indique que le résultat de ces modes de régulation des conflits dépassa, à bien des égards,

les attentes de ses instigateurs. Pénétrés de leur chance, mais aussi de leurs devoirs envers l'étranger et envers leur passé, les Confédérés paraissent avoir eu peur de déroger à la tradition d'union qu'on leur avait inventée.

Les mécanismes d'intériorisation du message d'entente semblent avoir forgé ou, à tout le moins accentué, des traits réputés eux aussi typiques. Ainsi, en se basant sur une mentalité obsidionale, ils ont sans doute contribué au développement de la xénophobie. Par ailleurs, en se fondant sur un droit de vote moins puissant qu'on ne le prétend souvent, ils ont habitué la population à situer sa souveraineté dans la décision de questions secondaires. Enfin, en impliquant la responsabilité historique et identitaire des citoyens dans le respect d'une réputation de tranquillité, ils ont non seulement poussé les Suisses à rester calmes, mais ils les ont également enfermés dans la crainte de perdre les précieux avantages dont ils jouissaient, en un réflexe qui les a souvent paralysés. Et si aujourd'hui, des divisions politiques menacent la Suisse, elles proviennent bien de ceux qui, surtout, ne veulent pas bouger.

La pax helvetica n'est donc pas un mythe, pas plus qu'elle n'est le résultat d'aptitudes naturelles. Sachant qu'elle est plutôt le fruit d'un hasard que des élites surent développer puis diffuser, on peut se demander, n'en déplaise à Arend Lijphardt, si un tel processus est vraiment exemplaire. Sachant, surtout, que cette opération de surresponsabilisation devait mener à un attentisme potentiellement destructeur, on peut même se demander si une telle imitation ne serait pas nuisible. Car il n'y a que les amateurs de clichés qui puissent confondre une société pacifique avec une société immobile...

Irène Herrmann (Université de Fribourg)

²⁸ Cette affirmation est le résultat d'une recherche encore en cours. Quelques éléments se trouvent dans Irène Herrmann, A la recherche des temps perdus: régimes d'historicité et démocratie helvétiques à travers les correspondances de Jacob Burckhardt et de Philipp Anton von Segesser», publié par Mireille Bossis et Lucia Bergamasco, à paraître.

Wertewandel

Die Ortsgruppe Bern der NHG/TS organisiert seit einigen Jahren in der Wintersaison Vortragsreihen zu gesellschafts-politischen Themen. Diese Veranstaltungen bieten einerseits hoch stehende Auseinandersetzungen mit aktuellen Problemen und kompetenten Fachleuten, zeigen andererseits auf, was die NHG ist und will.

Für die Saison 08/09 wählten wir den von NHG/TS Schweiz vorgegebenen Rahmen des «Wertewandels». Unterschiedliche Themenbereiche standen im Focus der vier Veranstaltungen:

- Wandel in der Familie: neue Männerbilder, neue Männerrollen?
- Generationenbeziehungen im Wandel
- Bildung im Widerstreit der Werte
- Bedroht die Hirnforschung unser Menschenbild?

Die folgenden Texte sind gekürzte Zusammenfassungen zweier Referate. Einen Überblick über alle vier Veranstaltungen finden Sie unter [www.dialoguesuisse.ch/unsere Gruppen/Bern](http://www.dialoguesuisse.ch/unsere-Gruppen/Bern).

Solidarität und Ambivalenz – Generationenbeziehungen heute

Referat von Prof. Pasqualina Perrig-Chiello, Präsidentin der Leitungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im Wandel» NFP52

Viel beschworen - aber nicht existent: der Generationenkrieg

Die grundlegenden demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben die Generationenbeziehungen verändert:

- Familiäre Generationenbeziehungen (Eltern-Kinder, Grosseltern-Enkel) haben sich eher verbessert als verschlechtert. Von einem Zerfall familialer Generationensolidarität kann keine Rede sein.
- Dominant ist vielfach eine «Intimität auf Distanz».
- Konfliktpotenzial gibt es primär ausserhalb familialer Zusammenhänge: In der Nachbarschaft, in öffentlichen Diskursen, sowie aufgrund von Nachhaltigkeitslücken bei der Sozialpolitik (negative Generationenbilanz des Wohlfahrtsstaates).

Es ist zudem falsch, von einem Generationenkonflikt zwischen Jungen und Alten zu reden, weil wir in Wahrheit in **einer Vier-Generationen-Gesellschaft** leben. Der soeben veröffentlichte «Generationenbericht», der erste dieser Art in Europa, soll mithelfen, offene Fragen und Vorurteile zu klären.

«Strukturelle Rücksichtslosigkeit» der Familie ge-

genüber in der Schweiz

Die eigene Familie steht bei Zwanzigjährigen (in Umfragen erhoben 1994 – 2004) nicht weit vorne in der Rangliste:

Wichtige Lebensziele

1. Eine erfüllte Partnerschaft
2. Das Leben geniessen
3. Gute Bekannte
4. Einen erfüllenden Beruf
5. Zwischenmenschliche Harmonie
6. Eine eigene Familie

Diese Einschätzung ist unter anderem eine Folge schlechter struktureller Voraussetzungen in der Familienpolitik der Schweiz: Benachteiligungen von Familien in der Steuerpolitik oder der Mangel an Betreuungsplätzen.

Basierend auf Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) ist davon auszugehen, dass in der Schweiz zurzeit rund 30'000 Betreuungsplätze im Vorschulbereich zur Verfügung stehen, in denen etwa 50'000 Kinder betreut werden. Im Vergleich zu den geschätzten Nachfragepotentialen bedeutet dies, dass Betreuungsangebote für rund 120'000 Kinder bzw. **rund 50'000 Betreuungsplätze fehlen**. Mit dem bestehenden Angebot sind somit erst knapp 40% der geschätzten Nachfrage gedeckt.

Grosselternschaft heute

Für rund 90% der Jugendlichen sind Grosseltern «allgemein wichtig». Es gibt zunehmend mehr Grosseltern als Enkel. Enkelkinder werden Mangelware! Die Beziehungen zwischen Enkelkindern und Grosseltern sind intensiver geworden, wichtig ist aber das Prinzip **«Engagement ohne Einmischung»**. Das traditionell positive Bild erlaubt modernen Grosseltern «neue Freiheiten». Der Umgang mit Enkelkindern erlaubt ihnen die Anknüpfung an frühere Lebens- und Familienphasen (aber ohne Verantwortung). Im Alter sind Grosseltern oft die einzigen Erwachsenen, die nicht gestresst sind und die sich Zeit nehmen (können). Dank langer gesunder Lebenserwartung können junge Menschen heute länger als früher von aktiven Grosseltern profitieren.

Wertevermittlung zwischen den Generationen

Grosseltern wirken in der Erziehung ihrer Enkelkinder oft kompensierend zu den Eltern. Das heisst, dass Grosseltern eher streng sind, wenn die Eltern sich grosszügig zeigen und umgekehrt. Auf jeden Fall sind die Enkelkinder mit den Grosseltern stark verbunden. Diese Verbundenheit nimmt von Seiten der Enkel jedoch ab dem zwölften Altersjahr ab,

während sie seitens der Grosseltern erhalten bleibt. In der Untersuchung der Werthaltungen zeigt sich, dass sich **Grosseltern und Enkel näher** sind, als Eltern und Kinder. So ergibt sich z.B. eine grosse Ähnlichkeit im Bedürfnis nach «Frieden und Harmonie» in der Familie oder in der «Zurückhaltung der Gefühle», während sich im Bereich der «Wahrheitsliebe» die grössten Differenzen zeigen...

Familiale Pflege alter Eltern

Pflegeleistungen werden in unserem Land innerhalb der Familie erwartet und (noch) erbracht. Nur ein Fünftel der über 80 Jährigen lebt im Alters- oder Pflegeheim. Sechs von zehn zu Hause lebenden Pflegebedürftigen werden von Angehörigen betreut. Der Wert der privaten Pflegearbeit beträgt schätzungsweise jährlich 10 bis 12 Milliarden Franken. Diese Arbeit wird zu 80 Prozent von Frauen erledigt.

Das Altern der eigenen Eltern ist für die nachfolgende Generation ein einschneidendes Erlebnis. Nicht wenige der 40-60-Jährigen (vor allem Frauen) erleben einen zweiten **beruflich-familialen Vereinbarkeitskonflikt** (Beruf und/oder Pflege alter Eltern): hohe moralische Verpflichtung, geringe Unterstützung und Wertschätzung, schwindende Möglichkeiten, eigene Bedürfnisse zu verwirklichen. Pflegebedürftigkeit alter Eltern führt zu oft ambivalent erlebten **Rollenumkehrungen** (alte Eltern müssen von ihren «Kindern» gepflegt werden). Die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der familialen Pflege haben sich nicht aufgelöst (Hierarchie: Partner/in, Töchter, Schwiegertöchter, Söhne). Frauen übernehmen 71% der informellen Pflegeleistungen innerhalb und 85% ausserhalb des Haushalts.

Generationenverhältnisse und –beziehungen ausserhalb der Familie

Die sog. «**Generationenbilanzen**» berechnen, wie viele Steuern, Gebühren, Prämien usw. eine Generation dem Staat abliefert und wie viel sie in Form von Renten, Familienzulagen, Bildungs- und Gesundheitsausgaben bezieht. Solche Bilanzen sind heikel, weil sie stark von ökonomischen Prognosen und Änderungen der sozialpolitischen Rahmenbedingungen abhängen. Vor allem aber blenden sie **private Transfers** zwischen den Generationen aus, und die sind sehr gross!

Ein **politischer Verteilungskampf** zwischen Jung und Alt **existiert nicht**. Die politischen Werthaltungen unterscheiden sich nur graduell. Babyboomer und Alt-68-er sind oft progressiver als Junge, die ältere Generation bildet aber politisch keinen einheitlichen Stimmblock (und stimmt nicht rein gruppenegoistisch ab). Persönliche Kontakte zwischen alten und jungen (nicht verwandten) Menschen finden nicht

sehr häufig statt, werden aber von beiden Seiten mehrheitlich als zufrieden stellend erlebt.

Jugendlichkeit wurde – für Erwachsene bis ins Rentenalter – zum allgemeinen Wert, wogegen die Jugend selbst langsam zu einer demografischen Minderheit wird. Immer mehr wird die Jugend durch jugendlich gebliebene Erwachsene verdrängt. Die Deutsche Shell-Jugendstudie 2006 zeigt: Jugendliche haben kein schlechtes Bild vom Alter, sondern Probleme mit den «jungen Alten», die sich zu jugendlich geben.

Fazit

Trotz des vielbeschworenen Generationenkonflikts besteht in unserer Gesellschaft sehr wohl eine Bereitschaft zur Solidarität – insbesondere im familialen Verbund. Diese Solidarität muss nicht bloss gefordert, sondern auch gesellschaftlich anerkannt werden. Sie darf nicht nur die private Angelegenheit der Familien (sprich der Frauen) bleiben, sondern sie soll auf breiter Ebene thematisiert, diskutiert und tatkräftig unterstützt werden. Der Dialog zwischen den Generationen - auch ausserhalb der Familie - muss gefördert werden.

Bedroht die Hirnforschung unser Menschenbild? Sind wir Menschen im Lichte heutiger Erkenntnisse verantwortungs- und schuldfähig oder sind wir nur willenlose Marionetten unserer grauen Zellen? Gibt es Gott nur weil wir ihn denken? Was ist das Ich, das Selbst, unser Bewusstsein?

Neue Erkenntnisse der Hirnforschung

Referat von Prof. Christian Hess, Direktor der Neurologie am Universitätsspital Insel, Bern

Das menschliche Gehirn

«ist das komplexeste Organ im Universum» (Zitat Hess). Mit nur rund 2% des Körpergewichtes beansprucht es 18% unseres Kalorienbedarfs und 20-25% des vom Körper aufgenommenen Sauerstoffs. Etwa 60% aller menschlichen Gene dienen der Hirnentwicklung! Das Gehirn ist das einzige Organ unseres Körpers, das Schlafphasen nötig hat, um funktionieren zu können. Es steuert sowohl unser Bewusstsein wie auch das Unbewusstsein.

Was ist Bewusstsein?

Ein Problem der Biologie ist es, dass selten klare Grenzen und Antworten gelten, stets stossen wir auf unscharfe Übergänge. Begriffe wie Bewusstsein, Geist, Psyche, Seele oder freier Wille werden in verschiedenen Fachgebieten unterschiedlich gebraucht und haben deshalb unterschiedliche Bedeutung. Bewusstsein – Geist – Seele werden oft als Synonyme verwendet. In Medizin und Psychologie gelten folgende Definitionen:

Psyche Gesamtheit von Bewusstsein und Unbewusstem in der kognitiven und emotionalen Domäne.

Geist umfasst alles was mit Denken, Fühlen, Befinden, Wahrnehmen, Erfahren, Entscheiden, Lernen, Erinnern, Wissen, Vorstellen... zusammenhängt.

Bereits R. Descartes hat im 17. Jahrhundert unterschieden zwischen «Geistigem» als nicht-stofflicher Kategorie und «Materie». Dieser cartesianische Dualismus dominierte lange Zeit. Heute haben die meisten Naturwissenschaftler ein monistisches (einheitliches) Weltbild. Naturwissenschaftlich (noch) nicht lösbar ist das Leib-Seele-Problem: Wo findet der Geist statt, wo finden wir die Seele? Nur im Menschen? Nur im Gehirn oder auch ausserhalb? Hess stellt fest: «Das Gehirn macht den Geist» und «Geist ist unsterblich». Sein Beispiel: Die von J.S. Bach komponierte Musik überlebt seit Jahrhunderten.

Funktionelle Hirnkarten

Hirnkarten können aufgrund von Ausfällen nach Hirnverletzungen und Hirnschlägen recht präzise erstellt werden. So sind heute folgende Zentren in der Hirnrinde (im Cortex) lokalisierbar:

Zentrum für Bewegung (Motorik)

Hören

Bewegungsvorbereitung und -koordination

Sprachverständnis

Körpergefühl und Tastsinn

Gesprochene Sprache

Raumorientierung

Denken, planen, entscheiden, handeln*

Sehen

Komplexe Emotionen*

*Höhere Denkfunktionen und Emotionen sind im erweiterten Stirnlappen zu finden. Der ist beim Menschen im Gegensatz zu Tieren stark entwickelt. Ethik, Empathie und die Ich-Empfindung werden hier lokalisiert und gesteuert.

Werden einzelne Teile des Gehirns nicht gebraucht, so verkümmern sie. Sehr wichtig sind deshalb Anregungen aller Art bereits im frühen Kindesalter. Die Umwelt hat Einfluss auf die Struktur des Gehirns! Tröstlich wirkt, dass die Weiterentwicklung der Hirnstrukturen bis ins hohe Alter möglich ist.

Gibt es den freien Willen?

Über diese Frage sind in den letzten Jahren hitzige Debatten geführt worden. Auslöser waren Messungen, mit denen Libet 1981 gezeigt hat, dass im

menschlichen Gehirn der Willensentschluss stattfindet, bevor man sich dessen bewusst ist. Führende Neurowissenschaftler haben als Folge (vorschnell) ein Manifest unterzeichnet, das uns den freien Willen abspricht. Das ist aber, so Hess, ein falscher Schluss! Richtig wäre die Aussage, dass unsere Entscheide unbewusst fallen, und – weil das Gehirn recht langsam arbeitet – wir es erst später «wissen», was wir entschieden haben.

Hess stellt in seinem Schlussvotum klar:

- Einen freien Willen im absoluten Sinn gibt es ohnehin nicht, denn jedem Willensakt geht eine Evaluation von Handlungsoptionen voraus (man kann nicht «zufällig» handeln)
- Die Freiheit besteht philosophisch darin, dass man theoretisch auch anders hätte wählen können, biologisch-objektiv darin, dass die Wahl auf sehr individuellen und momentanen Gegebenheiten basiert, welche faktisch niemals reproduzierbar sind
- Aus der Sicht des subjektiven Ich kann ich frei handeln, das subjektive Erleben an sich ist aber einer naturwissenschaftlichen Ergründung nicht zugänglich und nicht berechenbar.

Meinungen der anderen eingeladenen Fachleute zur Hirnforschung:

Der Theologe und Ethiker Prof. Adrian Holderegger: «Die Frage, ob es möglich ist, dass der determinierte, der unfreie Mensch trotzdem frei handeln kann, ist für die Theologie ein altes Thema».

Der Wissenschaftsjournalist Dr. Markus Christen: «Was unter dem Thema Hirnforschung daher kommt, ist extrem vielseitig und vielfältig. Wir bewegen uns hier in einem hochkomplexen Gebiet, in dem sich auch Leute tummeln, die nicht Experten sind.»

Die Juristin Prof. Brigitte Tag: «Hirnforschung betrifft auch Rechtsfragen, das erfordert klare Vorgaben. Sie kann und darf Freiheitsrechte nicht aushebeln, nicht zu Vorverurteilungen führen und darf nicht als Lügendetektor eingesetzt werden.»

Die weiteren Schwerpunkte aus der Diskussion darüber, wie frei unser Wille ist, wo unser Selbstbewusstsein sitzt und was Darwin über die Religion als Selektionsmerkmal zu sagen hat, lesen Sie am besten, wie eingangs erwähnt, unter [www.dialoguesuisse/unsere Gruppen/Bern nach](http://www.dialoguesuisse/unsere-Gruppen/Bern-nach).

Zusammenfassung: Urs Graf, NHG-TS Bern

Kooperation statt Einigelung

Kurt R. Spillmann sprach vor der NHG Aargau zur Sicherheitspolitik.

In der Schweiz werde «lieber über die WK-Dauer oder die Taschenmunition des Wehrmannes als über grundsätzliche Aspekte der Sicherheitspolitik diskutiert», stellte Prof. Kurt R. Spillmann vor der Gruppe Aargau der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG) fest. Zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges habe man sich noch immer nicht vom Mythos der bewaffneten Neutralität gelöst. Statt der «Igel-Mentalität» müssten die Eidgenossen den Weg über eine «kooperative Strategie» mit den demokratischen Nachbarstaaten in Europa suchen. Dieser «Paradigmenwechsel» komme keiner «Kapitulation» gleich, er nehme lediglich Abschied vom Gedanken einer «autonomen Verteidigung» des nationalen Territoriums.

In seinem Referat führte der Sicherheitsexperte Kurt R. Spillmann den NHG-Mitgliedern mit historischer Akribie vor Augen, wie sich der Begriff der bewaffneten Neutralität der Eidgenossen entwickelt hat, der noch heute verankert ist, wenn auch oft patriotisch verklärt. Die Schweiz sei «längst zu einem Teil der westlichen Welt geworden», ohne dass sie sich

institutionell gebunden habe, vom Beitritt zur UNO abgesehen. Das sicherheitspolitische Denken sei aber «reaktiv» und vergangenheitsbezogen geblieben, schön nach dem Motto «Wir halten uns von allen Konflikten fern». Nach dem Wegfall der «Hauptkampflinien» an den Landesgrenzen sehe sich die Schweiz als «Binnenland» innerhalb der friedlichen Europäischen Union keiner direkten militärischen Bedrohung mehr ausgesetzt. Umso seltsamer sei, so Spillmann, dass sich die Sicherheitspolitik nur marginal verändere und noch immer den «dissuasiven Traditionen» huldige. Man halte am «militärischen Alleingang» fest, der aber «weder finanziell noch technisch» über längere Zeit verkraftbar sei. Mehr Erfolg verspreche eine Integration in die europäische Strategie. Die Schweiz brauche künftig eine «kleine, aber hochprofessionelle Armee», für die Auslandseinsätze zum Alltag gehörten, flankiert von einer «leicht bewaffneten Miliz» für den Territorialdienst. (hr)

REGION AARAU / AARGAUER ZEITUNG

Samstag, 7. März 2009

Kultur ohne Grenzen

eine stimulierende Diskussion am 18. März 2009 in der Kaserne Basel

Die Nordwestschweiz, das Elsass und Südbaden sind durch eine Jahrhunderte alte Geschichte miteinander verbunden. Hier grenzt die Schweiz an die beiden EU-Staaten Deutschland und Frankreich, deren Aussöhnung am Anfang der Integration unseres Kontinents stand. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich denn auch eine vielfältige grenzüberschreitende Zusammenarbeit in dieser Region entfaltet, vorab im wirtschaftlichen, verkehrs-, energie- und sicherheitspolitischen sowie im sozialen Bereich. Mit dem Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind die Grenzen innerhalb der Region immer durchlässiger geworden.

Gemeinsam mit der REGIO BASILIENSIS, die sich unermüdlich für diese trinationale Zusammenarbeit einsetzt, wollten wir am 18. März 2009 einmal untersuchen, welchen Beitrag die Kultur für das Zusam-

menwachsen unserer mehrsprachigen Dreiländerregion leisten kann. Dem Thema wird offensichtlich von offizieller Seite und von der interessierten Bevölkerung her gerade in Zeiten der finanziellen Krise und der Rückbesinnung auf tragende Werte unserer Gesellschaft hohe Bedeutung beigemessen. Der Basler Regierungspräsident und Kulturminister Dr. Guy Morin, der Basellandschaftliche Regierungsrat und Kulturminister Urs Wüthrich-Pelloli, die Lörracher Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm sowie der Kulturmanager der Stadt Strasbourg, Marc Dondey, diskutierten unter der Moderation unseres Vorstandsmitgliedes Armin Biehler, Filmemacher und Journalist. Das zahlreich erschienene Publikum umfasste verschiedene Generationen, darunter manche Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Kulturszene, die sich auch aktiv an der Diskussion beteiligten.

Das späte Bekenntnis von Jean Monnet, eines Gründervaters der EU, er würde, könnte er nochmals von vorne anfangen, mit der Kultur beginnen, stösst heute nicht bei allen auf Zustimmung. Zu sehr prägt heute die wirtschaftliche und politische Integration die europäische Zusammenarbeit. Aber der Kern der Aussage des Gründervaters bleibt gültig: An der Basis der Integration stehen die Menschen, ihre Kultur und damit ihre Identität. Ohne sie ist kein nachhaltiges Zusammenwachsen möglich. Das Verständnis für das Gemeinsame und für die Unterschiede, darauf aufbauend eine richtig verstandene Toleranz fördern das friedliche Zusammenleben. Dieses Verständnis setzt die Kenntnis des Anders und seiner Eigenart voraus. Den besten Zugang zueinander findet man über die Kultur.

Die auf Deutsch und Französisch geführte Diskussion drehte sich denn auch hauptsächlich um das Verhältnis von Politik und Kultur, um die Rolle der Kultur in Krisenzeiten, um Kulturförderung und Finanzen. Einig war man sich, dass die Politik den Rahmen für die Entfaltung der Kultur schafft, Kultur aber nicht «verordnen» kann. Wichtig ist die Anerkennung der vielfältigen Ausdrucksweisen der Kulturschaffenden («différence et diversité sont quotidiennes»). Während angeregt wird, das Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner und insbesondere der Jugendlichen zu fördern, wird auch davor gewarnt, Kultur nach Besucherzahlen zu werten. Die kreative Gestaltungskraft, die experimentelle Kunst bringt die Gesellschaft voran, ohne unbedingt ein breites Publikum anzuziehen. Deshalb braucht es ein möglichst vielfältiges Kulturangebot.

Die Erfahrung zeigt, dass die Politik in Krisenzeiten schnell bereit ist, zuerst bei der Kultur zu sparen. Dabei gewinnen kulturelle Werte gerade in finanziell und wirtschaftlich schwierigen Situationen an Bedeutung. Deshalb müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Unterstützung für die Kultur in solchen Zeiten aufrecht zu erhalten, um nicht Kreativität und Innovation einzuschränken.

In der Region wird immer mehr von «kulturellen Leuchttürmen», d.h. besonderen Ausstellungen (wie Tutanchamun, van Gogh), Theateraufführungen, Konzerten, Festivals, gesprochen, die der Stadtwerbung

helfen und in die Region ausstrahlen, aber auch viel Geld verschlingen. Die Politiker unterstützen diese für die gesamte Region erfreuliche Entwicklung, mahnen aber, dass darüber die «freie» Kultur, wie sie beispielsweise in der Kaserne Basel ihren Ausdruck findet, nicht verloren gehen darf. Im Theater und in der Musik muss auch die Innovation gefördert werden («éviter l'opposition des institutions culturelles contre la créativité; éviter l'obscurité à côté des phares»). Die Kulturminister der beiden Basel warnten, es sei gefährlich, mit Bedacht einen Gegensatz zwischen den Kantonen zu suggerieren; vielmehr unterstützten sich grosse und kleinere Institutionen über die Kantons Grenzen hinweg und arbeite man an einer intensivierten Zusammenarbeit.

Bei den Finanzen zeigte sich, dass die beiden Basel, das Elsass und Südbaden zwar dieselben Probleme haben, aber mit verschiedenen Finanzierungssystemen konfrontiert sind. Immerhin scheinen «Leuchtturmprojekte» im Elsass und in Basel etwa neunzig Prozent der staatlichen Mittel für Kultur zu absorbieren, während andere Projekte meistens zusätzlich von privaten Sponsoren abhängig sind. Zusammenarbeit in der Region scheint vor allem in diesem Bereich gefragt, um mit gebündelten Kräften mehr zu erreichen.

Nach dieser engagierten Diskussion zur «Kultur ohne Grenzen» ist die Frage nach dem «wie weiter?» berechtigt. Man spürte deutlich ein verbessertes Klima für die kulturelle Zusammenarbeit in den beiden Basel und eine erfreuliche Offenheit für mehr gemeinsame Projekte in der trinationalen Region. Unter Hinweis auf die heute untrennbare Verbindung von Wirtschaft und Kultur kam aus dem Elsass der Vorschlag eines gemeinsamen Fonds für eine bestimmte Anzahl gemeinsamer Kulturprojekte, die der ganzen Region zugute kommen würden. Eine bedenkenswerte Initiative, der hoffentlich andere folgen werden. Zum Schluss fehlte es auch nicht an Hinweisen auf ein bereits bestehendes Netz von Institutionen, die für die Kultur mobilisiert werden könnten. Die Gruppe Region Basel wird die Thematik weiter verfolgen.

*Dr. Marianne von Grünigen
Präsidentin NHG-TS Region Basel*

Notre canton trilingue

Grisons: enquête linguistique sur une coexistence inégale

Le bilinguisme, on connaît. Depuis le congrès de Vienne, la Suisse compte trois cantons où allemand et français sont officiels. Ce régime a eu des hauts et des bas, mais aujourd'hui, dans l'ensemble, il fonctionne bien. Bienne avec ses 50.000 âmes pourrait en remonter à Bruxelles-Capitale avec son conflit latent entre Flamands et francophones; pas de Manneken-Pis au pied du Taubenloch, mais le bilinguisme y est bien rodé. Les deux langues, globalement parlant, se situent à peu près au même niveau d'importance; on étudie davantage l'allemand, depuis une vingtaine d'années, en Europe centrale et orientale, alors que de nombreux pays ont substitué l'anglais au français, comme seconde langue. Ce qu'on oublie souvent, c'est que la Suisse, depuis 1803, compte aussi un canton trilingue qui est en même temps le plus vaste. Mieux même, avant la naissance du canton des Grisons, la république des trois Ligues rhétiques était trilingue – voire quadrilingue si l'on tient compte du latin, pratiqué par écrit et oralement par les deux Églises; cela permit, au milieu du XVIII^e siècle, à un brillant aspirant grison au ministère pastoral, de faire l'essentiel de ses études théologiques en Transylvanie de langue hongroise. Mais le trilinguisme grison a toujours été un peu boiteux; le romanche, langue purement locale, n'a jamais eu le rayonnement de l'allemand et de l'italien, et ce dernier perd du terrain, dans les Grisons comme en Europe. On pourrait paraphraser George Orwell (1903-1950) en disant: «Toutes les langues sont égales, mais l'une d'elles est plus égale que les deux autres». Les chiffres du recensement de 2000 sont éloquentes: la langue principale y était l'allemand pour 127.755 personnes (68,3 % de la population), le romanche pour 27.038 (14,5 %) et l'italien pour 19.106 (10,2 %), le reste parlant albanais, portugais, serbe, etc. Mais d'autres facteurs pénalisent encore plus les deux minorités autochtones latines, dont le handicap est en partie indépendant de la volonté humaine. Une équipe de quatre sociolinguistes a effectué dans les Grisons une vaste enquête, décidée par l'Institut de recherches pour la culture grisonne et soutenue par le Fonds national, la Promotion culturelle du canton des Grisons et les deux associations culturelles «Lia rumantscha» et «Pro Grigioni Italiano». Il en est sorti un ouvrage de 458 pp., surtout en allemand, sauf un chapitre de 94 pp. en italien et l'introduction et la conclusion présentées dans les trois

langues grisonnes. Ce «pavé» a été publié dans une collection linguistique dirigée par des universitaires suisses, mais éditée et imprimée en Allemagne, ce qui montre son importance internationale. Il renouvelle la vision traditionnelle du trilinguisme grison et viole allègrement quelques tabous. Pour y voir un peu plus clair dans les microcosmes culturels de ces vallées alpines, il faut lire cet ouvrage, ardu par endroits, mais truffé d'anecdotes qui ont la saveur de l'authentique.*

Les vallées italophones

Sait-on seulement que les Grisons comprennent des vallées de langue italienne? Bien des Helvètes croient que la Suisse italoophone se réduit au Tessin. Quelle erreur! Prenez donc un beau billet bleu de cent francs, et vous tiendrez à la main le portrait d'un illustre Grison de langue italienne, le sculpteur, dessinateur et peintre Alberto Giacometti (1901-1966). L'un de ses compatriotes fut un authentique bienfaiteur de l'humanité, le Dr Guido Fanconi (1892-1979), président, puis secrétaire de l'Association internationale de pédiatrie. L'aire italoophone des Grisons comprend trois tronçons séparés par deux appendices appartenant à la province italienne de Sondrio. Les deux plus petits tronçons, débouchant directement sur cette province, correspondent aux vallées de Poschiavo et de Bregaglia; au nord de cette dernière, mais sans communication directe avec elle, se trouve le village traditionnellement italoophone de Bivio, aujourd'hui en majorité germanisé. Le troisième tronçon, le principal, comprend les vallées de Mesolcina et Calanca et débouche sur le canton du Tessin, près de sa capitale Bellinzone. Les dialectes lombards alpins se sont mieux conservés dans les vallées supérieures que dans les inférieures; à Poschiavo (3.225 hab.), notamment, les personnes immigrées ne peuvent dûment s'intégrer qu'en apprenant le dialecte. L'auteur du chapitre consacré à ces vallées, lui-même «Bregagliotto», relève une attitude contradictoire des Grisons italophones à l'égard de leur langue: d'un côté ils y tiennent et en sont fiers, mais de l'autre ils la considèrent comme un obstacle à leur intégration complète dans la communauté citoyenne des Grisons, dont la vie politique ne se déroule guère qu'en allemand. Ils attachent donc la plus grande importance à une bonne

connaissance de cette langue. A Bivio, en revanche, la majorité alémanique se dit très satisfaite du maintien de l'école primaire italophone. Dans les Grisons germanophones, par contre, l'on n'apprécie guère que la seconde langue enseignée à l'école primaire soit généralement l'italien; la plupart préféreraient l'anglais, oubliant qu'il vaut mieux que l'enfant étudie d'abord la langue la plus difficile, soit, pour un Alémanique, l'italien. Coire, la capitale cantonale, est plus ouverte aux minorités latines, grâce notamment au grand conseiller Martin Jäger, chef du Conseil scolaire, et à l'ex-conseillère nationale Silva Semadeni, de Poschiavo, enseignante à Coire. Il y existe depuis 2000 des classes primaires bilingues allemandes-italiennes et allemandes-romanches. Ajoutons que le lycée cantonal de Coire prépare à deux types de maturité bilingue (allemand-italien et allemand-romanche).

Où va l'ethnie romanche?

La langue romanche survivra-t-elle au XXI^e siècle? Pour l'heure, elle est bien vivante. Jusqu'à la fin du siècle dernier, elle ne possédait aucune *koinè* scripturaire coiffant ses différents dialectes; pour écrire et pour enseigner, l'on se servait de l'une des cinq variétés régionales, et l'administration cantonale se contentait des deux principales. Mais l'expansion de l'informatique rendit cette situation de moins en moins tenable, alors que le recensement de 1980 révélait que 21,9 % seulement de la population cantonale se déclarait de langue romanche. Par un coup d'audace, la «Lia rumantscha» chargea le linguiste Heinrich Schmid (1921-1999), spécialiste reconnu et respecté des dialectes romanches, d'élaborer une *koinè* synthétique destinée à l'usage écrit et facilement intelligible pour la population romanche. Schmidt s'inspira notamment de la genèse de *koinès* semblables aujourd'hui en usage, telles que le macédonien et le néo-norvégien, ce dernier officiel dans son pays, depuis 1892. Sur la base des trois principales variétés romanches, Schmid isola dans son éprouvette le «rumantsch grischun» («rg») dont le Fonds national et le canton de Genève soutinrent financièrement l'élaboration. En quelques années parurent des traductions de toute sorte, assurant la présence visible d'une langue longtemps ignorée. En 2001, suite à une votation populaire, le canton

renonça à se servir de variétés régionales au profit du «rg». En 2007, après des années de préparation, plusieurs écoles primaires se mirent à alphabétiser les enfants en «rg»; chaque année voit croître le nombre des classes où on lit et écrit en «rg», tout en continuant à parler dans la variété locale, tout comme dans les écoles de l'aire néo-norvégienne. Cette évolution est combattue dans la région très germanisée de Haute-Engadine, dont la variété locale, très affaiblie, le «puter», n'a guère été considérée par Schmid dans l'élaboration du «rg». L'école y est restée romanche, mais en devenant une île au milieu d'une mer germanophone; les enseignants, dont le dévouement n'est pas en cause, craignent que l'alphabétisation en «rg» ne porte le coup de grâce au romanche. La commune de Samedan (Haute-Engadine), tout en conservant le «puter», a introduit le bilinguisme dans toutes les classes primaires. Cette novation a suscité l'enthousiasme, mais ses limites se sont manifestées sans tarder. Dès 2002, un rapport intermédiaire releva que l'introduction de l'allemand à l'école favorisait la communication en cette langue. Le bilinguisme scolaire n'a guère amélioré la position du romanche dans le quotidien. Les plus gros problèmes se posent au niveau du collège communal, pour lequel manquent le matériel pédagogique et le personnel qualifié en «puter». La situation est plus favorable au lycée de Samedan, où l'on peut préparer la maturité bilingue (allemand-romanche) grâce aux cours de biologie et de géographie donnés en romanche par Jost Falett, ex-président de la «Lia rumantscha». Bref, la situation du romanche est contrastée, ombres et lumières y alternent. Le «rg» a permis de grands progrès sur le plan culturel; la langue est plus présente qu'il y a un quart de siècle, il existe un journal quotidien romanche de bon niveau, mais la frilosité face aux nouveautés freine les adaptations pourtant inévitables. N'est-ce pas là, au fond, un problème central du pays en notre siècle de mondialisation anglomane?

Guiu Sobiela-Caanitz, Ardez (Grisons)

***Matthias Grünert et alii, Das Funktionieren der Dreisprachigkeit im Kanton Graubünden. Tome 127 de la collection «Romanica Helvetica». Tübingen et Bâle (A. Francke, ISBN 978-3-7720-8303-7) 2008.**

Mehrsprachigkeit im wirtschaftlichen Wettbewerb

Zum Veranstaltungs-Vorhaben der NHG/TS zusammen mit dem Forum Helveticum – betreffend Mehrsprachigkeit und Wirtschaftlichkeit – habe ich der Arbeitsgruppe «Mehrsprachigkeit» unserer nationalen NHG/TS das folgende Papier unterbreitet. Es behandelt zunächst im 1. Kapitel Themen, die der Arbeitsgruppe bereits vorlagen, dann geht es darüber hinaus. Ich habe versucht, grundsätzliche Gesichtspunkte herauszuarbeiten, die einen Bezug zur Funktion der Mehrsprachigkeit für die in der Wirtschaft berufstätigen Schweizerinnen und Schweizer haben. Dabei suche ich den spezifischen Bedürfnissen der Schweiz Rechnung zu tragen.

1. Die Rolle des Englischen

Das Englische ist heute – als verbreitete Fremdsprache – die wichtigste Verkehrssprache der Welt. Wer sich in ihr ausdrücken kann, besitzt einen unbezweifelbaren Vorteil.

1.1. Englisch als Landessprache?

Das hat zur Diskussion geführt, ob Englisch als «fünfte Landessprache» anzuerkennen sei.

Das kann aus folgenden Gründen auf keinen Fall in Frage kommen.

In der Schweiz sind vier Landes- oder Nationalsprachen anerkannt. Es handelt sich um autochthone Sprachen, die in unserem Lande bei Teilen seiner Bürgerschaft seit sehr vielen Jahrhunderten heimisch und selbstverständlich «eigenes» Sprachgut sind (selbst wo dieselbe Sprache in anderen Ländern ebenfalls als «nationales Merkmal» zuhause ist). Die vier Landessprachen weisen zudem ihnen zuweisbare Territorien ihrer Verbreitung auf, auch dies traditionell.

Wegen der identitären Bedeutung dieser vier Sprachen für die Schweiz ist ihr Rang und sind Grundregeln ihres Gebrauchs in der Bundesverfassung verankert.

Um das Englische ebenfalls zur Landessprache zu erheben, müsste somit die Bundesverfassung geändert werden, wozu die Zustimmung von Volk und Ständen notwendig wäre.

Um dem Englischen von Staats wegen den ihm in der Schweiz als Welt-Verkehrssprache gebührenden Platz einzuräumen, ist aber ein solcher Schritt

keineswegs nötig. Er wäre auch angesichts der fehlenden national-identitären Rolle des Englischen und wegen der fehlenden territorialen Verankerung als Erstsprache mancher Schweizer unangemessen. Derlei könnte auch die Tür zu weiteren Begehren nach landessprachlicher Anerkennung öffnen, mit der Begründung, der Einwohneranteil etwa von Serbokroatisch, Albanisch oder Türkisch sei weit höher als jener der Englischsprechenden. Dergleichen Ansinnen würden zu erheblichen politischen Spannungen führen und eine solche Verfassungsrevision zum Fiasko machen. Da die NHG/TS sich nicht nur mit der Weiterentwicklung der Schweiz zu befassen hat, sondern auch mit der Wahrung ihrer Wesenszüge, müsste sie solche Ideen nicht nur diskutieren, sondern sich einer solchen Verfassungsänderung widersetzen.

1.2. Die Stellung des Staates zum Englischen

Um dem Englischen staatlicherseits zur geeigneten Position als Verkehrssprache zu verhelfen, braucht es

1.2.1. *für den Unterricht* eine Regelung in den kantonalen Schulgesetzen, allenfalls auch in den interkantonalen Schulkonkordaten und der eidg. Hochschulgesetzgebung.

1.2.2. *für die Bundesverwaltung* dürfte eine bundesrätliche Verordnung genügen, sofern der Gebrauch der englischen Sprache beschränkt wird auf Erlasse und Verlautbarungen, die fürs Ausland oder Ausländer (vorausgesetzt, sie können Englisch) bestimmt sind.

1.2.3. *zu vermeiden* sind Bestrebungen, das Englische zur «lingua franca» der Bundesstellen zu machen, etwa unter dem Vorwand, damit könnten Übersetzungen in mehrere Sprachen eingespart werden, oder es sei entspannend angesichts der Präponderanzneigung des Deutschen, eine «neutrale» auswärtige Verständigungsart einzuführen. Mit anderen Worten: Der wichtige viersprachige Charakter der Schweiz soll nicht angetastet werden, schon gar nicht von Bundes wegen, selbst wenn Schweizer verschiedener Sprache im Gespräch unter einander aufs Englische ausweichen sollten.

2. Die Rolle von Landes-, Hilfs- und Verkehrssprachen

Als *Landessprachen* haben, wie gesagt, nur alteingesessene, zur Identitätsbildung der Nation gehörende Sprachen zu gelten.

Bisweilen eigenen sich diese jedoch nicht, um zum Ziele zu kommen. Beispiele: Bei beschränkten Platzverhältnissen für schriftliche Angaben weicht der Bund traditionell – man kann sagen: gewohnheitsrechtlich – aufs Lateinische aus, so auf Münzen, Briefmarken oder Landeskennezeichen von Motorfahrzeugen: «Confoederatio Helvetica» bzw. «CH», oder auch «Helvetia». Selbst der Architrav des Bundeshauses ist beschriftet mit «Curia Confoederationis Helveticae». Hier zeigt sich die lateinische *Hilfssprache* auch als Merkmal gehobener Feierlichkeit. Wesentlich prosaischeren Zwecken dient es, wenn z.B. Gemeindeverwaltungen Texte wie Abfallreglemente zur besseren Durchsetzung auch auf Spanisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Albanisch und Türkisch verteilen. – Der amtliche Gebrauch solcher Hilfssprachen macht sie noch nicht zu eigentlichen Amtssprachen. Als solche dienen regelmässig die örtlich verwurzelten Landessprachen.

Etwas anders ist die Rolle von *Verkehrssprachen*, welche die breiter ausgreifende Verständigung unter Menschen verschiedener Sprache erleichtern sollen. Wir kennen das bruchstückhaft etwa aus den italienischen Ausdrücken in der Musik, stellenweise auch in der Buchhaltung, aber auch als der Bauwirtschaft, wo Italienisch oft auch gegenüber Angehörigen anderer Sprachgruppen als «lingua franca» dominiert. Im Luftverkehr hat sich dagegen das Englische als Leitsprache durchgesetzt. Spätestens seit der Zeit des «Sonnenkönigs», Ludwigs XIV, war bis etwa 1945 Französisch die Sprache der Diplomatie. Der kulturelle Glanz Frankreichs machte seine Nationalsprache bis tief ins 19. Jahrhundert überhaupt zur Konversationssprache der europäischen Eliten. Noch bis vor kurzem wichen Schweizer, die einander sonst nicht verstanden hätten, am ehesten aufs Französische aus. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurden auch Doktordissertationen sehr häufig lateinisch verfasst, früher auch Staatsdokumente. Heute hat das Englische unter der angloamerikanischen Vorherrschaft das Lateinische und Französische weitgehend in diesen Funktionen abgelöst, und zwar in weniger elitärer, nämlich breiter gestreuter Weise, und eine gewisse Allgegenwart erobert.

Damit hat sich vor Jahren schon auch das Forum Helveticum (FH) befasst. Ich leitete an einer Tagung eine Arbeitsgruppe, in der René Retornaz, Zentralpräsident der NHG, und der Historiker Prof. Edouard Roulet, Zentralvorstandsmitglied, diese Art des Aufkommens des Englischen unter Vergleich mit der früheren Stellung des Lateins entdramatisierten. Das

FH hat dies damals in einer Broschüre veröffentlicht. Das Englische dient in der Schweiz in diesem Sinne als sprachgrenzüberschreitende Verkehrssprache, sollte aber im Interesse des Nationalcharakters und des inneren Sprachfriedens hiebei auf das Notwendige beschränkt bleiben; man sollte die Anwendung dieser nützlichen Sprache nicht aus Bequemlichkeit, modischen Vorlieben oder servilem Nachäffen eines Hegemons ausufernd benützen, ihre Beherrschung aber fördern.

3. Die wirtschaftliche Rolle der Mehrsprachigkeit

Die hohe Transnationalisierung der Marktwirtschaft und die wirtschaftliche Interdependenz machen verbreitete sprachliche Verständigungsmittel und -fähigkeiten über die Grenzen der Kulturgebiete hinweg unentbehrlich.

Eines der weltweiten Verständigungsmittel ist die englische Sprache. Vergessen wir aber nicht, dass es noch andere, sehr grosse, staatsgrenzüberschreitende Kulturräume gibt, z.B. den spanischen oder den arabischen. In diesen, wie aber auch in kleineren, doch für uns bedeutenden Gebieten kann es – wie in der Schweiz selber – sehr vorteilhaft sein, die Einheimischen nicht in einer internationalen Verkehrssprache anzusprechen, sondern in ihrem heimischen Idiom. Dies trägt oft zur Annäherung Erhebliches bei. In anderen Bereichen, etwa den naturwissenschaftlich und technisch orientierten Wissenschaften, kann eine Konzentration auf eine Verkehrssprache – heute Englisch – dagegen entscheidend sein.

Eine neuere Statistik hat immerhin gezeigt, dass in der schweizerischen Wirtschaft zumindest im Inlandgeschäft das Französische immer noch häufiger gebraucht wird als das Englische. Es wäre auch nützlich, der mir zugekommenen Nachricht nachzugehen, wonach bei der Credit Suisse und der Axa Winterthur von einer Generalisierung des betriebsinternen Gebrauchs des Englischen wieder zugunsten der Übersetzung in andere Landessprachen abgesehen worden sei. Schliesslich ist auch die Feststellung interessant, dass in der Tessiner Wirtschaft das lange befürchtete Überhandnehmen der deutschen Sprache sowie der englischen nicht stattgefunden hat.

Aus den bisherigen Ausführungen ist abzuleiten, dass Mehrsprachigkeit in vielerlei Fällen einen Wettbewerbsvorteil ergibt. Nicht zu unterschätzen ist dabei, dass gute Kenntnis anderer Sprachen oft mit besserem Erfassen der zugehörigen anderen Mentalitäten verbunden ist.

4. Exkurs zur Rolle der Nachkommen fremdsprachiger Immigranten

Im Auge zu behalten ist die Funktion eingebürgerter Nachkommen fremdsprachiger Einwanderer. An deren gute Integration in der Schweiz solle nicht die Absicht geknüpft werden, sie ihrer angestammten Sprache zu entfremden. Sie können nämlich durch natürliche Mehrsprachigkeit auch zu guten, vermittelnden Bindegliedern zu Völkern ihrer ursprünglichen Kultur werden. Das braucht für die Schweiz nicht stets eine Belastung oder sogar ein Risiko zu bilden, sondern kann für uns auch eine Trumpfkarte sein.

Ob unsere Gemeinwesen beim Erhalten mitgebrachter Sprachkenntnisse behilflich sein sollen, ist poli-

tisch umstritten. Es kann aber anstelle vom Ausland angebotener Sprachkurse wünschbar sein, dass dies von Schweizer Seite besorgt wird, wenn diese ausländischen Förderangebote ideologischer oder nationalistischer Indoktrination dienen. Private Bemühungen, anerzogene Fremdsprachenkenntnisse zu stützen, sollten unter denselben Vorbehalten nicht behindert werden – im Interesse mehrsprachig gewandter junger Schweizer Neubürger.

*Roberto Bernhard, NHG-TS Winterthur
Mitglied Arbeitsgruppe «Sprachen»*

Hinschied von Dieter Bosshart (1939 – 2009)

Kurz vor seinem 70. Geburtstag ist Dr.iur. Dieter Bosshart, alt Obergerichtspräsident, am 22. April 2009 völlig unerwartet verstorben. Die NHG-TS verdankt ihm viel. Von 1999 – 2006 war er Präsident der Gruppe Winterthur und bis jetzt aktives Vorstandsmitglied in Winterthur und seit vielen Jahren im Zentralvorstand der NHG-TS Schweiz. Seine ruhige, besonnene und hilfsbereite Art wurde überaus ge-

schätzt. Für die NHG-TS hat er sich sehr engagiert und er war auch das juristische Gewissen unserer Vereinigung. Er wird uns sehr fehlen. Seiner Ehefrau und seiner Familie sprechen wir unser herzlichstes Beileid aus.

Ursula Künsch Präsidentin NHG-TS Winterthur

Calendrier des prochaines manifestations

Veranstaltungskalender

Do 14.05.09, 18:15h, Gr. Graubünden, Kantonsbibliothek in Chur, «Wer regiert die Schweiz wirklich – heute?», Viktor Parma, ehem. Bundeshausjournalist. Vorgängig 17:00h findet die jährliche Mitgliederversammlung statt.

Fr 15.05.09, 19:00h, Gr. Schaffhausen, Generalversammlung 2009 in Gennersbrunn.

Lu 18.05.09, Gr. neuchâtelois, Maison Blanche de Le Corbusier, La Chaux-de-Fonds, visite guidée puis exposé «Le défi des jeux d'argent, point de vue de la Loterie Romande» par M. Jean Guinand.

Ma 19.05.09, 18h15, Gr. Genève, à l'Institut européen d'UNI-Genève, Conférence et conclusion du cycle sur l'État et le religieux par Me Bernard Ziegler.

Mi 27.05.09, 18:00h, Gr. Aargau, Aarau, Aula der Neuen Kantonsschule, «Der Auftrag der Armee aus politischer Sicht», Podium mit SR Hans Altherr und NR Andreas Gross.

Je 28.05.09, 18h30, Gr. Vaud, Centre Général Guisan, Av. du G. Guisan 117, Pully, «Contenu et enjeux du secret bancaire», Jean-Baptiste Zufferey, prof. de droit administratif, Uni de Fribourg, membre du conseil d'administration de la FINMA; Claude-Alain Margelisch, vice-président du comité exécutif de l'Association suisse des banquiers.

Ma 9.06.09, 17h00-20h00, Musée des Beaux-Arts /Kunstmuseum, Berne, Assemblée des délégués et conférence de Ruth Schweikert, Présidente de Suisseculture, débat avec Jean-François Steiert, Conseiller national, Ruedi Noser, Conseiller national, thème «Qu'attendre de la nouvelle loi sur la culture?»

Je 18.06.09, 18h30, Gr. Genève, au siège de la société Merck et Serono, Ch. des Mines, Genève, Assemblée générale annuelle et visite guidée des lieux.

Sa 01.08.09, 09:00h, Gr. Schaffhausen, «Bundeszornge» (Bundesfeier) auf dem Fronwagplatz in Schaffhausen (bei schlechtem Wetter in der Kirche St. Johann). Ansprache: Martin Schläpfer; musikalischer Rahmen: Stadtmusik Schaffhausen.

Do 13.08.09, 18:00h, Gr. Region Basel, Restaurant Schützenhaus, «China, Asien und die Welt», Vortrag von Peter Achten, langjähriger DRS-Korrespondent in China, für Mitglieder und deren Gäste (Anmeldungen von Mitgliedern anderer Gruppen werden gerne entgegen genommen).

Sa 29.08.09, Gr. Winterthur, Sulzerareal Winterthur Stadtmitte, Hauptversammlung, Jürg Hablützel.

Di 01.09.09, 20:00h, Gr. Winterthur, Hotel Wartmann, «Sterbehilfe und Patientenverfügung», Prof. Max Baumann.

Di 01.09.09, Gr. Graubünden, «Wasser & Energie in Graubünden und anderswo (Arbeitstitel)», Martin Gredig, CFO Raetia Energie AG.

Ma 08.09.09, 18h30, Gr. Vaud, Maison Pulliérane, Rue de la Poste 1, Pully, «Menaces sur le secret bancaire: hier, aujourd'hui, demain» Michel Dérobert, secrétaire général de l'Association des banquiers privés suisses.

Je 08.10.09, 18h30, Gr. Vaud, Maison Pulliérane, Rue de la Poste 1, Pully, «Le secret bancaire: un secret professionnel comme les autres?» Me Yves Burnand, avocat, ancien bâtonnier de l'Ordre des avocats vaudois.

Ma 13.10.09, 17:30h-20:00h, Fribourg, conférences sur le thème «La valeur économique des langues», premier accord de participation du Prof. François Grin, économiste, Uni Genève.

Lu 19.10.09, Gr. neuchâtelois, conférence de M. Mauro Dell'Ambroggio, Secrétaire d'État à l'éducation et à la recherche.

Do 22.10.09, 20:00h, Gr. Winterthur, Hotel Wartmann, «Tessiner Befindlichkeiten», Marco Solari, Presidente Ticino turismo.

Do 22.10.09, Gr. Graubünden, «Die Schweiz in Europa (Arbeitstitel)», Nationalrätin Christa Markwalder Bär.

Do 12.11.09, 18:00h, Gr. Aargau, Aarau, Aula der Alten Kantonsschule, Div. Andreas Bölsterli, «Die Aufgabe der Armee aus der Sicht der militärischen Führung».

Je 19.11.09, 18h30, Gr. Vaud, IMD Business School, Ch. de Bellerive 23, Lausanne, Bus N° 1, arrêt Beauregard, Bus N° 2, arrêt Pêcheurs, «L'avenir du secret bancaire» débat contradictoire: Bernard Bertossa, ancien procureur et juge au Tribunal pénal fédéral, Adrian Künzi,

associé-gérant, Wegelin & Cie, Banquiers Privés, responsable Genève-Lausanne.

Fr 04. 12. 09, Gr. Winterthur, Museum O.Reinhart a.Stadtgarten. Klausabend, Dr.Peter Wegmann, Konservator.

Prière de réserver

**Mardi 9 juin 2009, 17h00-20h00
Berne, Musée des Beaux-Arts**

Conférence de Ruth Schweikert,
Présidente de Suisseculture
et débat avec Jean-François Steiert,
Conseiller national,
Ruedi Noser, Conseiller national,
sur la question
**«Qu'attendre de la nouvelle loi
sur la culture?»**

Bitte reservieren

**Dienstag 9. Juni 2009, 17:00h-20:00h
Bern, Kunstmuseum**

Vorträge von Ruth Schweikert,
Präsidentin der Suisseculture
und Debatte mit Jean-François Steiert,
Nationalrat
Ruedi Noser, Nationalrat zum Thema
**«Was dürfen wir vom neuen
Kulturförderungsgesetz erwarten ?»**

Adresse pour retours / Rücksendeadresse :
RS-NSH / NHG-TS
Secrétariat central
Av. des Sports 28
1400 Yverdon-les-Bains

Impressum
Édition RS-NSH / NHG-TS
Comité de rédaction :
Ch. Langenberger, M. Renaud

Adresse du secrétariat central
RS-NSH / NHG-TS
Mme Mireille Renaud
Av. des Sports 28
1400 Yverdon-les-Bains
tel. 024 420 18 19
fax 024 420 18 20
mobile 076 326 98 80
e-mail rsnsh@bluewin.ch
site Internet www.dialoguesuisse.ch